

**No. 41486**

---

**Germany  
and  
Poland**

**Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland concerning the supplementing of the European Convention on Mutual Assistance in Criminal Matters dated 20 April 1959, and the facilitation of its application. Berlin, 17 July 2003**

**Entry into force:** *4 September 2004 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 28*

**Authentic texts:** *German and Polish*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 15 June 2005*

---

**Allemagne  
et  
Pologne**

**Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne en vue de compléter la Convention européenne d'entraide judiciaire en matière pénale du 20 avril 1959 et de faciliter son application. Berlin, 17 juillet 2003**

**Entrée en vigueur :** *4 septembre 2004 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 28*

**Textes authentiques :** *allemand et polonais*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 15 juin 2005*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**Vertrag**

**zwischen**

**der Bundesrepublik Deutschland**

**und**

**der Republik Polen**

**über die Ergänzung des**

**Europäischen Übereinkommens**

**vom 20. April 1959**

**über die Rechtshilfe in Strafsachen**

**und die Erleichterung seiner Anwendung**

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Polen

im Folgenden als "Vertragsparteien" bezeichnet -

in dem Wunsch, das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 17. März 1978 - im Folgenden als Übereinkommen bezeichnet - im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsparteien zu ergänzen und die Anwendung der darin enthaltenen Grundsätze zu erleichtern -

sind wie folgt übereingekommen:

## Kapitel I

### Ergänzung einzelner Regelungen des Übereinkommens

#### Artikel I

(zu Artikel 1 des Übereinkommens)

Rechtshilfe wird auch für Verfahren wegen Handlungen geleistet, zu deren Verfolgung in dem Zeitpunkt, in dem um Rechtshilfe ersucht wird, die Justizbehörden der ersuchenden Vertragspartei zuständig sind und im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei die Justiz- oder Verwaltungsbehörden zuständig wären.

## Artikel 2

(zu Artikel 1 des Übereinkommens)

Das Übereinkommen und dieser Vertrag werden auch angewendet:

1. in Gnadensachen;
2. in Verfahren über Ansprüche auf Entschädigung für ungerechtfertigte Freiheitsentziehung, für ungerechtfertigte Verurteilung oder andere durch ein Strafverfahren entstandene Nachteile, soweit nicht Bestimmungen anderer völkerrechtlicher Verträge anzuwenden sind.

## Artikel 3

(zu den Artikeln 3 und 5 des Übereinkommens)

(1) Rechtshilfe in Form von Durchsuchungen, Beschlagnahme und Herausgabe von Gegenständen wird nur geleistet, wenn die dem Ersuchen zugrunde liegende Handlung nach dem Recht beider Vertragsparteien strafbar ist. Einem solchen Ersuchen wird beigefügt eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift

1. einer Anordnung einer zuständigen Stelle der ersuchenden Vertragspartei, wonach die Gegenstände auch gegen den Willen des Gewahrsamsinhabers in amtliche Verwahrung zu nehmen sind, oder
2. einer Erklärung einer solchen Stelle, aus der hervorgeht, dass die Gegenstände auch gegen den Willen des Gewahrsamsinhabers in amtliche Verwahrung genommen werden könnten, wenn sie sich im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei befänden.

(2) Außer den in Artikel 3 Absatz 1 des Übereinkommens aufgeführten Gegenständen werden zum Zweck der Rückgabe an den Berechtigten auch die durch die Straftat erlangten Gegenstände oder das als Entgelt für solche Gegenstände Erlangte herausgegeben, sofern

1. die Gegenstände in der ersuchten Vertragspartei nicht für ein Strafverfahren benötigt werden,
2. nicht Dritte Rechte an ihnen geltend machen und
3. der Herausgabe keine staatsanwaltliche oder richterliche Entscheidung entgegensteht.

Der Vorlage einer Anordnung oder einer Erklärung im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 bedarf es nicht.

(3) Der Vorlage einer Anordnung oder einer Erklärung im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 bedarf es ferner nicht, wenn um die Übermittlung von Schriftstücken einschließlich Akten oder deren Mehrfertigungen ersucht wird, die sich im Gewahrsam der Behörden der ersuchten Vertragspartei befinden oder diesen von dritten Personen freiwillig zur Verfügung gestellt werden. Derartige Ersuchen werden wie Ersuchen um Erteilung von Auskünften behandelt.

(4) Rechte der ersuchten Vertragspartei und dritter Personen an Gegenständen und Schriftstücken einschließlich Akten, die an die ersuchende Vertragspartei übermittelt werden, bleiben unberührt.

(5) Ein Zollpfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- oder Steuerrechts wird die ersuchte Vertragspartei bei der Übergabe von Gegenständen unter Verzicht auf deren Rückgabe nicht geltend machen, es sei denn, dass der

durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die Abgabe selbst schuldet.

(6) Unter den Voraussetzungen der Absätze 1 und 4 können Gegenstände auch zur Sicherung der Vollstreckung einer Einziehungs- oder Verfallsentscheidung im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei herausgegeben werden.

#### Artikel 4

(zu Artikel 4 des Übereinkommens)

Den Vertretern der am Strafverfahren beteiligten Behörden sowie den sonstigen Beteiligten und ihren Bevollmächtigten wird vorbehaltlich Artikel 2 des Übereinkommens auf Ersuchen der ersuchenden Vertragspartei die Anwesenheit bei der Vornahme von Rechtshilfehandlungen im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei gestattet. Sie können ergänzende Fragen oder Maßnahmen anregen. Auf diese Personen erstreckt sich der Schutz des Artikels 12 des Übereinkommens.

#### Artikel 5

(zu Artikel 7 des Übereinkommens)

(1) Die in Artikel 7 Absatz 1 des Übereinkommens erwähnten Schriftstücke können unmittelbar auf dem Postweg durch Einschreiben mit Rückschein zugestellt werden. Dies gilt nicht, wenn die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet zugestellt werden soll, nach dem Übereinkommen die Erledigung eines Ersuchens um Zustellung der Schriftstücke verweigern könnte.

(2) Eine Zustellung nach Absatz 1 Satz 1 steht hinsichtlich ihrer Rechtswirkungen einer Zustellung durch die Justizbehörden der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Zustellung erfolgt, gleich.

(3) Unbeschadet des Absatzes 1 Satz 1 kann die ersuchende Vertragspartei ein Ersuchen um Zustellung von Schriftstücken an die Justizbehörden der anderen Vertragspartei richten, wenn sie dies im Einzelfall für erforderlich hält.

#### Artikel 6

(zu Artikel 10 des Übereinkommens)

Artikel 10 Absätze 2 und 3 des Übereinkommens finden auf alle Fälle der Vorladung eines Zeugen oder Sachverständigen Anwendung. Das Ersuchen um Gewährung eines Vorschusses kann auch von dem Zeugen oder Sachverständigen gestellt werden.

#### Artikel 7

(zu den Artikeln 11 und 12 des Übereinkommens)

(1) Gestattet die ersuchte Vertragspartei die Anwesenheit einer Person, der im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die Freiheit entzogen ist, bei der Vornahme einer Rechtshilfehandlung, so hat sie die Person für die Dauer ihres Aufenthaltes in ihrem Hoheitsgebiet in Haft zu halten und sie nach Vornahme der Rechtshilfehandlung der ersuchenden Vertragspartei unverzüglich rückzuüberstellen, sofern diese nicht die Freilassung verlangt.

(2) Eine Überstellung ins Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei nach Absatz 1 kann nur mit Zustimmung der betroffenen Person erfolgen. Dies gilt nicht, wenn die Person in dem Verfahren, für das die Rechtshilfehandlung erbeten wird, beschuldigt ist und ihre Anwesenheit für die Vornahme der Rechtshilfehandlung unerlässlich ist.

(3) Gestattet ein dritter Staat die Anwesenheit einer Person, der im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei die Freiheit entzogen ist, bei der Vornahme einer Rechtshilfehandlung, so

gelten für die Beförderung dieser Person durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei die Absätze 2 und 3 des Artikels 11 des Übereinkommens entsprechend.

(4) Die Bestimmungen des Artikels 12 des Übereinkommens sind auf die in den Absätzen 1 und 3 erwähnten Fälle entsprechend anzuwenden.

#### Artikel 8

(zu Artikel 13 des Übereinkommens)

(1) Die ersuchte Vertragspartei übermittelt die in Artikel 13 Absatz 1 des Übereinkommens genannten Unterlagen und Auskünfte auch dann, wenn sie von den Polizeibehörden der anderen Vertragspartei für eine Strafsache erbeten werden, und zwar in dem Umfang, in dem ihre Polizeibehörden sie in ähnlichen Fällen erhalten könnten.

(2) Für andere Zwecke als für eine Strafsache übermittelt die ersuchte Vertragspartei diese Unterlagen und Auskünfte auf Ersuchen der Behörden der anderen Vertragspartei in dem Umfang, in dem ihre Behörden sie in ähnlichen Fällen erhalten könnten.

#### Artikel 9

(zu Artikel 14 des Übereinkommens)

In Zustellungersuchen wird bei den Angaben über den Gegenstand und den Grund des Ersuchens auch die Art des zuzustellenden Schriftstücks sowie die Stellung des Empfängers im Verfahren bezeichnet.



Artikel 10

(zu Artikel 15 des Übereinkommens)

(1) Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, findet der Rechtshilfeverkehr unmittelbar zwischen den Justizbehörden statt. Die Vermittlung durch das Bundesministerium der Justiz oder die Justizministerien der Länder der Bundesrepublik Deutschland einerseits und das Justizministerium der Republik Polen andererseits wird dadurch nicht ausgeschlossen.

(2) Ersuchen um Überstellung oder Durchbeförderung von Personen, denen die Freiheit entzogen ist, werden durch das Bundesministerium der Justiz oder die Justizministerien der Länder der Bundesrepublik Deutschland einerseits und durch das Justizministerium der Republik Polen andererseits übermittelt. In dringenden Fällen ist der unmittelbare Verkehr zwischen den Justizbehörden der beiden Vertragsparteien zulässig.

(3) Ersuchen um Übermittlung von Auskünften oder Unterlagen aus dem Strafregister zu strafrechtlichen Zwecken sind zu richten in der Bundesrepublik Deutschland an das Bundeszentralregister und in der Republik Polen an das Justizministerium der Republik Polen. Ersuchen nach Artikel 8 dieses Vertrages können von den dort genannten Behörden unmittelbar an die in Satz 1 dieses Absatzes genannten Behörden gerichtet werden.

(4) Zur Durchführung und Erleichterung des Rechtshilfeverkehrs stellen die Vertragsparteien einander Ortsbücher oder andere geeignete Verzeichnisse zur Verfügung, die den örtlichen Zuständigkeitsbereich der einzelnen Justizbehörden erkennen lassen.

Artikel 11

(zu Artikel 16 des Übereinkommens)

(1) Den Ersuchen ist eine beglaubigte Übersetzung in die Sprache der ersuchten Vertragspartei anzuschließen, es sei denn, es werden zweisprachige Formulare verwendet,

die zwischen den Vertragsparteien vereinbart worden sind. Eine Beglaubigung der Unterschrift des Übersetzers ist nicht erforderlich.

(2) Absatz 1 gilt für beigefügte Schriftstücke entsprechend.

(3) Der Beifügung einer Übersetzung von zuzustellenden Schriftstücken bedarf es nicht, wenn der Zustellungsempfänger der Sprache kundig ist, in der das zuzustellende Schriftstück abgefasst wurde.

(4) In den Fällen des Artikels 5 Absatz 1 dieses Vertrages ist eine Übersetzung durch die Behörde, die den Zustellungsantrag stellt, nicht erforderlich. Liegen jedoch Anhaltspunkte vor, dass der Zustellungsempfänger der Sprache, in der die Schriftstücke abgefasst sind, unkundig ist, so sind diese oder zumindest deren wesentlicher Inhalt in die Sprache der Vertragspartei zu übersetzen, in deren Hoheitsgebiet sich der Empfänger aufhält. Wenn der Behörde, die die zuzustellenden Schriftstücke ausgestellt hat, bekannt ist, dass der Empfänger nur einer anderen Sprache kundig ist, sind die Schriftstücke oder zumindest deren wesentlicher Inhalt in diese andere Sprache zu übersetzen.

## Artikel 12

(zu Artikel 20 des Übereinkommens)

(1) Die durch die Übermittlung von Gegenständen zum Zwecke der Aushändigung an den Berechtigten (Artikel 3 Absatz 2 dieses Vertrages) und durch die Überstellung oder Durchbeförderung von Personen, denen die Freiheit entzogen ist (Artikel 7 dieses Vertrages), entstandenen Kosten werden von der ersuchenden Vertragspartei erstattet.

(2) Die ersuchte Vertragspartei kann verlangen, dass ihr die Kosten der Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation erstattet werden. In diesem Fall teilt sie der ersuchenden Vertragspartei unverzüglich die voraussichtliche Höhe dieser Kosten mit.

Wird die Überwachung gemäß Artikel 16 Absatz 3 dieses Vertrages beendet, ist die ersuchende Vertragspartei verpflichtet, die bereits entstandenen Kosten zu tragen.

### Artikel 13

(zu Artikel 21 des Übereinkommens)

(1) Anzeigen und Schriftverkehr gemäß Artikel 21 des Übereinkommens werden auf dem in Artikel 10 Absatz 1 dieses Vertrages vorgesehenen Geschäftsweg übermittelt.

(2) Aufgrund einer nach Artikel 21 des Übereinkommens übermittelten Anzeige werden die zuständigen Behörden der ersuchten Vertragspartei nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts ein Strafverfahren oder ein Verwaltungsverfahren einleiten.

(3) Sind bei der Beurteilung des Sachverhalts im Sinne des Absatzes 2 Straßenverkehrsvorschriften zu berücksichtigen, so sind die am Tatort geltenden Verkehrsregeln zugrunde zu legen.

(4) Ein zur Einleitung eines Strafverfahrens notwendiger Antrag oder eine sonstige Erklärung, die in dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei vorliegt, ist auch in der ersuchten Vertragspartei wirksam; nur nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei erforderliche Anträge oder sonstige Erklärungen können innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Eingang der Anzeige der zur Strafverfolgung zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei übermittelt werden.

(5) Die Anzeige hat eine Darstellung des Sachverhalts sowie möglichst genaue Angaben über die verdächtige Person, ihre Staatsangehörigkeit und ihren Wohn- oder Aufenthaltsort zu enthalten. Ihr werden beigelegt:

1. die Akten in Urschrift oder beglaubigter Abschrift sowie in Betracht kommende Beweisgegenstände;

2. der Wortlaut der am Tatort anwendbaren Vorschriften über den Tatbestand und die Strafe;
3. bei Verkehrsstraftaten außerdem der Wortlaut der am Tatort anwendbaren Verkehrsregeln;
4. eine Übersetzung der Anzeige, der Darstellung des Sachverhalts und der unter den Nummern 2 und 3 genannten Schriftstücke in die Sprache der ersuchten Vertragspartei.

(6) Die urschriftlichen Akten und die Beweisstücke im Sinne des Absatzes 5 Nummer 1 werden der ersuchenden Vertragspartei sobald wie möglich zurückgegeben, sofern auf die Rückgabe nicht verzichtet wird. Etwa bestehende Rechte der ersuchten Vertragspartei oder dritter Personen an den übermittelten Gegenständen bleiben unberührt.

(7) Wurde im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei eine Strafverfolgung eingeleitet, so sehen die Behörden der ersuchenden Vertragspartei von weiteren Verfolgungs- oder Vollstreckungsmaßnahmen gegen den Beschuldigten wegen derselben Tat ab. Sie können jedoch die Verfolgung oder Vollstreckung fortsetzen oder wieder aufnehmen, wenn

1. es sich herausgestellt hat, dass die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei das Strafverfahren nicht zu Ende führen kann, insbesondere weil der Beschuldigte sich der Strafverfolgung oder der Strafvollstreckung in der ersuchten Vertragspartei entzieht, oder dass sie das Strafverfahren zwar abgeschlossen, aber keine Entscheidung über die dem Ersuchen zugrunde liegende Straftat dem Grunde nach getroffen hat;
2. aus nach der Stellung des Ersuchens bekannt gewordenen Gründen vor Erlass eines gerichtlichen Strafbefehls, vor Beginn der erstinstanzlichen Hauptver-

handlung oder vor Erlass einer Verwaltungsverfügung in der ersuchten Vertragspartei die ersuchende Behörde ihr Ersuchen zurückgenommen hat.

(8) Jede im Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien gemäß den dort geltenden Bestimmungen vorgenommene Untersuchungshandlung und jede die Verjährung unterbrechende Handlung hat im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei die gleiche Geltung, wie wenn sie in dem Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei rechtswirksam vorgenommen worden wäre.

(9) Die ersuchende Vertragspartei wird sobald wie möglich von dem aufgrund der Anzeige Veranlassten sowie in den Fällen des Absatzes 7 unterrichtet. Nach Abschluss des Verfahrens wird ihr auch eine Ausfertigung oder eine beglaubigte Abschrift der das Verfahren abschließenden Entscheidung übersandt.

(10) Die durch die Anwendung des Artikels 21 des Übereinkommens und dieses Artikels entstandenen Kosten werden nicht erstattet.

#### Artikel 14

(zu Artikel 22 des Übereinkommens)

Die Informationen aus dem Strafregister werden mindestens einmal vierteljährlich zwischen dem Bundeszentralregister der Bundesrepublik Deutschland und dem Justizministerium der Republik Polen ausgetauscht.

#### Artikel 15

(zu Artikel 22 des Übereinkommens)

Über Fälle, in denen in dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei einem Angehörigen der anderen Vertragspartei durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung das Recht aberkannt

worden ist, von der im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erteilten Fahrerlaubnis im Inland Gebrauch zu machen, unterrichten einander die Behörden beider Vertragsparteien. Die entsprechenden Benachrichtigungen werden von der zuständigen Justizbehörde der einen Vertragspartei an die zuständige Verwaltungsbehörde der anderen Vertragspartei übermittelt. Diese Verwaltungsbehörde ist in der Bundesrepublik Deutschland das Kraftfahrt-Bundesamt und in der Republik Polen das Ministerium für Infrastruktur.

## Kapitel II

### Besondere Formen der Zusammenarbeit

#### Artikel 16

##### Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation

(1) Das Übereinkommen und dieser Vertrag werden entsprechend angewendet auf Ersuchen betreffend die Anordnung von Maßnahmen der Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation.

(2) Ersuchen nach Absatz 1 werden nur erledigt, wenn

1. eine Anordnung zur Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation eines zuständigen Gerichts der ersuchenden Vertragspartei vorgelegt wird,
2. die Überwachung auch nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei angeordnet werden könnte, wenn die Strafverfolgung wegen der dem Ersuchen zugrunde liegenden Straftat dort durchgeführt würde, und

3. die Zielperson oder das Telekommunikationsendgerät, von dem aus die zu überwachende Kennung der Zielperson genutzt wird,
- a) sich im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei befindet,
  - b) sich im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei befindet und zur Überwachung die technische Hilfe der ersuchten Vertragspartei benötigt wird,
  - c) sich im Hoheitsgebiet eines dritten Staates befindet und die ersuchende Vertragspartei zur Überwachung die technische Hilfe der ersuchten Vertragspartei benötigt, sofern der dritte Staat der Überwachung zugestimmt hat.

(3) Verlangt die ersuchte Vertragspartei gemäß Artikel 12 Absatz 2 Sätze 1 und 2 dieses Vertrages die Erstattung der Kosten der Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation, so kann die Überwachung beendet werden, wenn die ersuchende Vertragspartei es ablehnt, die Kosten zu tragen, oder in einer von der ersuchten Vertragspartei festgelegten Frist sich nicht zur Erstattung verpflichtet.

(4) Personenbezogene Erkenntnisse, die im Rahmen einer Maßnahme nach Absatz 1 gewonnen werden, dürfen in einem anderen Strafverfahren nur mit Zustimmung der ersuchten Vertragspartei verwendet werden. Die ersuchte Vertragspartei erteilt diese Zustimmung, wenn die Maßnahme nach ihrem Recht auch hinsichtlich der diesem Verfahren zugrunde liegenden Straftat angeordnet werden könnte.

(5) Die Unterlagen, die die ersuchende Vertragspartei erhalten hat, sind zu vernichten, sobald sie auch für Strafverfahren im Sinne von Absatz 4 Satz 1 nicht mehr benötigt werden.

(6) Sieht das Recht der ersuchten Vertragspartei eine Benachrichtigung des Betroffenen vor, so unterrichtet die ersuchende Vertragspartei die ersuchte Vertragspartei darüber, wann die Benachrichtigung ohne Gefährdung wichtiger Interessen erfolgen kann.

(7) Die Absätze 1, 2 (Nummern 1 und 2), 4, 5 und 6 gelten entsprechend für Ersuchen um Herausgabe von Unterlagen, die aus Maßnahmen der Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation in einem im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei geführten Strafverfahren herrühren.

#### Artikel 17

#### Zusammenarbeit bei Ermittlungen

(1) Bei der Ermittlung wegen Straftaten, die das Interesse beider Vertragsparteien betreffen, kann im gegenseitigen Einvernehmen eine Koordinierungsgruppe aus Beamten beider Vertragsparteien gebildet werden. Die Gruppe dient der Abstimmung und der Unterstützung der im Hoheitsgebiet einer oder beider Vertragsparteien durchgeführten Ermittlungen.

(2) Sind bei den Ermittlungen spezielle Fachkenntnisse erforderlich, kann eine Vertragspartei auf Ersuchen der anderen Vertragspartei eigene Fachleute zur Unterstützung der Ermittlungen der anderen Vertragspartei entsenden.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Gruppen arbeiten unter folgenden Voraussetzungen:

1. Ihre Einrichtung erfolgt nur für einen bestimmten Zweck und für einen begrenzten Zeitraum.
2. Die teilnehmenden Bediensteten sind an das Recht der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet der Einsatz der Gruppe erfolgen soll, gebunden.



3. Die Mitgliedschaft in der Gruppe begründet für die daran beteiligten Bediensteten keine Befugnis zu Festnahmen, Durchsuchungen, Vernehmungen oder anderen Maßnahmen, mit denen in vergleichbarer Weise in Rechte von Personen auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei eingegriffen wird.

### Kapitel III

#### Schutz personenbezogener Daten

#### Artikel 18

##### Definition

Personenbezogene Daten, im Folgenden Daten genannt, sind Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person.

#### Artikel 19

##### Zweckbindung

(1) Die Verwendung der aufgrund des Übereinkommens oder dieses Vertrages übermittelten Daten ist nur für den in dem Übereinkommen oder den in diesem Vertrag bezeichneten Zweck zulässig, für die die Daten übermittelt worden sind, und zu den durch die übermittelnde Stelle im Einzelfall vorgegebenen Bedingungen. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig:

1. für Zwecke, für die die Daten ebenfalls nach dem Übereinkommen oder diesem Vertrag übermittelt werden dürfen,
2. zur Verfolgung von Straftaten.

3. zur Verhinderung von Straftaten von erheblicher Bedeutung,
4. für gerichtliche Verfahren und Verwaltungsverfahren, die mit den Zwecken nach Satz 1 und Satz 2 Nummern 1, 2 und 3 zusammenhängen, sowie
5. zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

(2) Eine Verwendung der Daten zu anderen Zwecken ist nur nach vorheriger Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei zulässig.

#### Artikel 20 Zusätzliche Bestimmungen

Zusätzlich gelten unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften die nachfolgenden Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
3. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck und den Zweck der Speicherung Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, so-

weit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

4. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist die übermittelnde Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für Zwecke im Sinne des Artikels 19 nicht mehr erforderlich sind oder es sich herausstellt, dass sie sich auf unbeteiligte Dritte beziehen.
5. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von Daten in geeigneter Weise festzuhalten.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
7. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach dem Übereinkommen oder diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, so haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadenersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

#### Artikel 21

##### Datenbearbeitung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei

(1) Die Regelungen dieses Kapitels gelten auch für Daten, die durch grenzüberschreitende Tätigkeit im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erhoben worden sind. Dabei sind die besonderen Bedingungen, die von der ersuchten Vertragspartei im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Maßnahme gestellt werden, zu beachten.

(2) Beamten, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei tätig werden, darf durch diese Vertragspartei nur unter Leitung eines ihrer Beamten der Zugriff auf personenbezogene amtliche Datensammlungen gewährt werden.

#### Kapitel IV

##### Allgemeine und Schlussbestimmungen

#### Artikel 22

##### Geheimschutz

Sollen aufgrund des Übereinkommens oder dieses Vertrages Daten übermittelt werden, die nach dem Recht der übermittelnden Vertragspartei einer Geheimhaltungspflicht unterliegen und als solche gekennzeichnet sind, kann diese ihre Übermittlung davon abhängig machen, dass die empfangende Vertragspartei die Geheimhaltungspflicht beachtet.

#### Artikel 23

##### Rechtsstellung der Beamten im Bereich des Strafrechts

Die Beamten der einen Vertragspartei, die nach diesem Vertrag im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei tätig werden, sind in Bezug auf Straftaten, die sie begehen

oder die ihnen gegenüber begangen werden, den Beamten der anderen Vertragspartei gleichgestellt.

#### Artikel 24

##### Haftung

(1) Die Vertragsparteien verzichten wechselseitig auf alle Entschädigungsansprüche wegen des Verlustes oder der Beschädigung von Vermögenswerten, die ihnen oder Verwaltungsorganen gehören, wenn der Schaden von einem Beamten bei der Erfüllung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages verursacht worden ist.

(2) Die Vertragsparteien verzichten wechselseitig auf alle Entschädigungsansprüche wegen Verletzung oder des Todes eines Beamten, wenn der Schaden bei der Erfüllung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages verursacht worden ist. Ersatzansprüche des Beamten oder in dessen Todesfall der dann berechtigten Personen bleiben hiervon unberührt.

(3) Wird durch einen Beamten der einen Vertragspartei bei der Erfüllung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einem Dritten Schaden zugefügt, so haftet für den Schaden die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet der Schaden eingetreten ist, nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch einen eigenen zuständigen Beamten verursachten Schadens Anwendung finden würden.

(4) Die Vertragspartei, deren Beamter den Schaden im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verursacht hat, erstattet dieser anderen Vertragspartei den Gesamtbetrag des Schadenersatzes, den diese an den Geschädigten oder seinen Rechtsnachfolger geleistet hat.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadenersatzansprüchen zu erleichtern. Sie tauschen insbesondere alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels und die Umstände ihrer Entstehung aus.

(6) Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden ist.

#### Artikel 25

##### Änderung der Behörden

(1) Die Vertragsparteien zeigen einander Änderungen in der Bezeichnung oder in der Zuständigkeit der in diesem Vertrag genannten Behörden durch Verbalnote an.

(2) Verbalnoten gemäß Absatz 1 werden von den Vertragsparteien amtlich veröffentlicht.

#### Artikel 26

##### Zusammenkünfte von Vertretern der Vertragsparteien

Das Bundesministerium der Justiz der Bundesrepublik Deutschland und das Justizministerium der Republik Polen werden nach Bedarf in unmittelbarem Benehmen Zusammenkünfte ihrer Vertreter vereinbaren, um die einheitliche Durchführung des Übereinkommens und dieses Vertrages sicherzustellen und bei ihrer Durchführung etwa auftretende Schwierigkeiten zu beseitigen. Soweit durch die zu erörternden Fragen der Geschäftsbereich anderer Behörden berührt wird, werden diese eingeladen werden, sich an den Zusammenkünften zu beteiligen.

Artikel 27

Kündigung des Übereinkommens

Kündigt eine der Vertragsparteien das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zwei Jahre nach Eingang der Notifikation der Kündigung beim Generalsekretär des Europarates wirksam.

Artikel 28

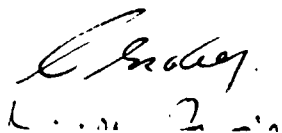
Inkrafttreten und Außerkrafttreten des Vertrages

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Er tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Dieser Vertrag kann jederzeit schriftlich gekündigt werden. Er tritt sechs Monate nach Eingang der Notifikation der Kündigung außer Kraft. Er tritt auch ohne besondere Kündigung in dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Übereinkommen zwischen den Vertragsparteien unwirksam wird.

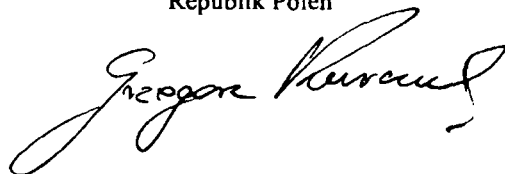
Geschehen zu *Berlin* am *17. Juli 2003* in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die  
Bundesrepublik Deutschland



*K. Schröder*  
K. Schröder

Für die  
Republik Polen



*Grzegorz Kurowski*

[ POLISH TEXT — TEXTE POLONAIS ]

**Umowa**

**między**

**Republiką Federalną Niemiec**

**a**

**Rzeczpospolitą Polską**

**o uzupełnieniu i ułatwieniu stosowania**

**Europejskiej Konwencji o pomocy prawnej w sprawach karnych**

**z dnia 20 kwietnia 1959 roku**



Republika Federalna Niemiec  
i  
Rzeczpospolita Polska,  
zwane dalej „Umawiającymi się Stronami”,

pragnąc uzupełnić w stosunkach między dwoma Umawiającymi się Stronami Europejską Konwencję o pomocy prawnej w sprawach karnych z dnia 20 kwietnia 1959 roku, w brzmieniu określonym przez Protokół Dodatkowy do Konwencji z dnia 17 marca 1978 roku, zwaną dalej Konwencją, oraz ułatwić stosowanie zawartych w niej zasad,

uzgodniły, co następuje:

Rozdział I  
Uzupełnienie uregulowań Konwencji

Artykuł 1  
(do artykułu 1 Konwencji)

Pomoc prawna jest udzielana także w postępowaniach w sprawach o czyny, których ściganie należy w chwili wystąpienia z wnioskiem o udzielenie pomocy prawnej do właściwości organów sądowych wzywającej Umawiającej się Strony i należałoby na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony do właściwości organów sądowych lub administracyjnych.

**Artykuł 2**  
(do artykułu 1 Konwencji)

Konwencję i niniejszą Umowę stosuje się także:

1. w sprawach o ułaskawienie,
2. w sprawach o prawo do odszkodowania za niesłuszne pozbawienie wolności, niesłuszne skazanie lub o naprawienie innych szkód powstałych w postępowaniu karnym, o ile nie należy stosować postanowień innych umów międzynarodowych.

**Artykuł 3**  
(do artykułów 3 i 5 Konwencji)

(1) Pomocy prawnej w formie przeszukania lub zabezpieczenia i przekazania przedmiotów udziela się tylko wtedy, jeżeli czyn stanowiący podstawę wniosku podlega karze zgodnie z prawem obu Umawiających się Stron. Do takiego wniosku załącza się oryginał lub poświadczony odpis:

1. postanowienia wydanego przez właściwy organ wzywającej Umawiającej się Strony, na mocy którego przedmioty podlegają urzędowemu przechowaniu, także wbrew woli faktycznego posiadacza, lub
2. oświadczenia takiego organu z którego wynika, że przedmioty mogłyby podlegać urzędowemu przechowaniu, także wbrew woli faktycznego posiadacza, gdyby przedmioty te znajdowały się na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony.

(2) Poza przedmiotami wymienionymi w artykule 3 ustęp 1 Konwencji będą przekazywane w celu wydania osobie uprawnionej także przedmioty pochodzące z przestępstwa lub uzyskane w zamian tych przedmiotów, jeżeli:

1. przedmioty nie są potrzebne na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony w postępowaniu karnym,
2. osoby trzecie nie zgłaszają do nich praw,
3. przekazaniu nie sprzeciwia się orzeczenie sądu lub prokuratora.

Nie jest wymagane przedstawienie postanowienia lub oświadczenia, o których mowa w ustępie 1 zdanie 2.

(3) Przedstawienie postanowienia lub oświadczenia, o których mowa w ustępie 1 zdanie 2, nie jest wymagane także wówczas, jeżeli wnosi się o przekazanie dokumentów, włącznie z aktami lub ich kopiami, które znajdują się w posiadaniu organów wezwanej Umawiającej się Strony lub dobrowolnie przekazanych do ich dyspozycji przez osoby trzecie. Tego rodzaju wnioski będą traktowane jak wnioski o udzielenie informacji.

(4) Prawa wezwanej Umawiającej się Strony i osób trzecich do przedmiotów i dokumentów, włącznie z aktami, które przekazywane są wzywającej Umawiającej się Stronie, pozostają nienaruszone.

(5) Jeżeli wezwana Umawiająca się Strona zrzekła się zwrotu przedmiotów, to wówczas przy ich przekazywaniu nie będzie korzystała z prawa zatrzymania lub zajęcia tych przedmiotów stosownie do przepisów prawa celnego lub podatkowego, chyba że samego pokrzywdzonego w wyniku przestępstwa właściciela tych przedmiotów obciążają takie opłaty.

(6) Przy zachowaniu warunków przewidzianych w ustępach 1 i 4 przedmioty mogą być przekazywane także w celu zabezpieczenia wykonania orzeczenia o konfiskacie lub przypadku mienia na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony.

#### Artykuł 4

(do artykułu 4 Konwencji)

Zezwala się przedstawicielom organów uczestniczącym w postępowaniu karnym i innym osobom uczestniczącym w postępowaniu oraz ich pełnomocnikom, z zastrzeżeniem artykułu 2 Konwencji, na wniosek wzywającej Umawiającej się Strony na obecność przy podejmowaniu czynności pomocy prawnej na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony. Mogą oni wnosić o zadanie uzupełniających pytań lub o zastosowanie środków. Do tych osób ma zastosowanie ochrona przewidziana w artykule 12 Konwencji.

#### Artykuł 5

(do artykułu 7 Konwencji)

(1) Pisma wymienione w artykule 7 ustęp 1 Konwencji mogą być doręczone bezpośrednio drogą pocztową listami poleconymi za potwierdzeniem odbioru. Nie dotyczy to wypadku, gdy Umawiająca się Strona, na której terytorium powinno nastąpić doręczenie, mogłaby na podstawie Konwencji odmówić wykonania wniosku o doręczenie pism.

(2) Doręczenie na podstawie ustępu 1 zdanie 1 jest równoznaczne pod względem skutków prawnych z doręczeniem przez organy sądowe Umawiającej się Strony, na której terytorium nastąpiło doręczenie.

(3) Ustęp 1 zdanie 1 nie stanowi przeszkody aby wzywająca Umawiająca się Strona mogła przekazać wniosek o doręczenie pism do organów sądowych drugiej Umawiającej się Strony, jeżeli w danym wypadku uzna to za konieczne.

Artykuł 6

(do artykułu 10 Konwencji)

Artykuł 10 ustępy 2 i 3 Konwencji stosuje się we wszystkich wypadkach wezwania świadka lub biegłego. Z wnioskiem o przyznanie zaliczki może wystąpić także świadek lub biegły.

Artykuł 7

(do artykułu 11 i 12 Konwencji)

(1) Jeżeli wezwana Umawiająca się Strona wyrazi zgodę na obecność przy podejmowaniu czynności pomocy prawnej osoby pozbawionej wolności na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony, to zobowiązana jest ona do przetrzymywania tej osoby w areszcie przez cały czas jej pobytu na swym terytorium, a po zakończeniu czynności pomocy prawnej - do niezwłocznego przekazania jej z powrotem wzywającej Umawiającej się Stronie, o ile nie żąda ona jej zwolnienia.

(2) Przekazanie na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony na podstawie ustępu 1 może nastąpić jedynie za zgodą zainteresowanej osoby. Nie dotyczy to wypadków, gdy osoba taka jest oskarżona w postępowaniu, do którego odnosi się wniosek o udzielenie pomocy prawnej i gdy obecność tej osoby jest niezbędna do podjęcia czynności pomocy prawnej.

(3) Jeżeli państwo trzecie wyrazi zgodę na obecność przy podejmowaniu czynności pomocy prawnej osoby pozbawionej wolności na terytorium jednej z Umawiających się Stron, to do tranzytu tej osoby przez terytorium drugiej Umawiającej się Strony stosuje się odpowiednio artykuł 11 ustępy 2 i 3 Konwencji.

(4) W wypadkach wymienionych w ustępach 1 i 3 stosuje się odpowiednio postanowienia artykułu 12 Konwencji.

Artykuł 8

(do artykułu 13 Konwencji)

(1) Wezwana Umawiająca się Strona przekazuje dokumenty i informacje wymienione w artykule 13 ustęp 1 Konwencji także wówczas, jeżeli występują o nie, dla potrzeb spraw karnych, organy policji drugiej Umawiającej się Strony - w takim zakresie, w jakim organy policji wezwanej Umawiającej się Strony mogłyby otrzymywać je w podobnych wypadkach.

(2) Dla potrzeb nie dotyczących spraw karnych wezwana Umawiająca się Strona przekazuje takie dokumenty i informacje na wniosek organów drugiej Umawiającej się Strony w takim zakresie, w jakim organy wezwanej Umawiającej się Strony mogłyby otrzymywać je w podobnych wypadkach.

Artykuł 9

(do artykułu 14 Konwencji)

We wniosku o doręczenie oznacza się przy danych o przedmiocie i podstawie wniosku także rodzaj pisma, jakie ma być doręczone oraz pozycję adresata w postępowaniu.

Artykuł 10

(do artykułu 15 Konwencji)

(1) Jeżeli Umowa niniejsza nie stanowi inaczej, organy sądowe obu Umawiających się Stron porozumiewają się bezpośrednio. Nie wyłącza to możliwości pośrednictwa Federalnego Ministerstwa Sprawiedliwości lub ministerstw sprawiedliwości krajów związkowych Republiki Federalnej Niemiec z jednej strony i Ministerstwa Sprawiedliwości Rzeczypospolitej Polskiej z drugiej strony.

(2) Wnioski o przekazanie lub tranzyt osób pozbawionych wolności przekazywane są za pośrednictwem Federalnego Ministerstwa Sprawiedliwości lub ministerstw sprawiedliwości krajów związkowych Republiki Federalnej Niemiec z jednej strony i Ministerstwa Sprawiedliwości Rzeczypospolitej Polskiej z drugiej strony. W pilnych wypadkach dopuszczalny jest bezpośredni tryb porozumiewania się pomiędzy organami sądowymi obu Umawiających się Stron.

(3) Wnioski o przekazanie informacji lub dokumentów z rejestru skazanych dla potrzeb spraw karnych przekazywane są do Federalnego Centralnego Rejestru Karnego Republiki Federalnej Niemiec z jednej strony i do Ministerstwa Sprawiedliwości Rzeczypospolitej Polskiej z drugiej strony. Wnioski na podstawie artykułu 8 niniejszej Umowy mogą być przekazywane bezpośrednio przez organy wymienione w tym przepisie do organów wymienionych w zdaniu 1 niniejszego ustępu.

(4) W celu realizacji i ułatwienia porozumiewania się w zakresie pomocy prawnej Umawiające się Strony przekażą sobie wzajemnie wykazy miejscowości lub inne stosowne wykazy, z których wynikać będzie właściwość miejscowa poszczególnych organów sądowych.

#### Artykuł 11

(do artykułu 16 Konwencji)

(1) Do wniosku załącza się jego uwierzytelnione tłumaczenie na język wezwanej Umawiającej się Strony, chyba że używa się dwujęzycznych wzorów wniosku uzgodnionych pomiędzy Umawiającymi się Stronami. Poświadczenie zgodności podpisu tłumacza nie jest wymagane.

(2) Postanowienia ustępu 1 stosuje się odpowiednio do dokumentów dołączonych do wniosku.

(3) Nie wymaga się dołączenia tłumaczenia pism podlegających doręczeniu, jeżeli odbiorca zna język, w którym pisma te są sporządzone.

(4) Nie wymaga się tłumaczenia na język drugiej Umawiającej się Strony pism podlegających doręczeniu w wypadkach przewidzianych w artykule 5 ustęp 1 niniejszej Umowy. Jeżeli istnieją jednak podstawy do przyjęcia, że odbiorca nie zna języka, w którym sporządzone są pisma, należy te pisma lub przynajmniej ich istotne treści przetłumaczyć na język Umawiającej się Strony, na której terytorium przebywa odbiorca. Jeżeli organowi, który sporządził pisma podlegające doręczeniu jest wiadome, że odbiorca zna jedynie inny język, pisma lub przynajmniej ich istotne treści należy przetłumaczyć na ten inny język.

#### Artykuł 12

(do artykułu 20 Konwencji)

(1) Koszty powstałe w wyniku przekazania przedmiotów w celu wydania ich osobie uprawnionej (artykuł 3 ustęp 2 niniejszej Umowy) i w wyniku przekazania lub tranzytu osób pozbawionych wolności (artykuł 7 niniejszej Umowy) zwracane są przez wzywającą Umawiającą się Stronę.

(2) Wezwana Umawiająca się Strona może żądać zwrotu kosztów kontroli i utrwalania informacji w telekomunikacji. W takim wypadku powiadamia ona niezwłocznie wzywającą Umawiającą się Stronę o przewidywanych kosztach. W razie zakończenia kontroli na podstawie artykułu 16 ustęp 3 niniejszej Umowy, wzywająca Umawiająca się Strona jest zobowiązana do poniesienia powstałych już kosztów.



Artykuł 13

(do artykułu 21 Konwencji)

- (1) Przesyłanie wniosków i wymiana pism na podstawie artykułu 21 Konwencji następuje w trybie przewidzianym w artykule 10 ustęp 1 niniejszej Umowy.
- (2) Na podstawie wniosku przekazanego stosownie do artykułu 21 Konwencji właściwe organy wezwanej Umawiającej się Strony wszczynają postępowanie karne lub administracyjne według prawa wewnętrznego.
- (3) Jeżeli przy ocenie stanu faktycznego należy na podstawie ustępu 2 uwzględnić przepisy o ruchu drogowym, wówczas za podstawę przyjmuje się przepisy o ruchu drogowym obowiązujące w miejscu zdarzenia.
- (4) Wniosek o ściganie lub inne oświadczenie niezbędne do wszczęcia postępowania karnego na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony są również skuteczne na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony; wniosek o ściganie lub inne oświadczenie niezbędne tylko według prawa wezwanej Umawiającej się Strony mogą być przekazane dodatkowo w terminie dwu miesięcy od chwili nadejścia zawiadomienia do właściwego do ścigania karnego organu wezwanej Umawiającej się Strony.
- (5) Wniosek powinien zawierać opis stanu faktycznego oraz możliwie dokładne dane dotyczące osoby podejrzanej, jej obywatelstwa, miejsca zamieszkania lub pobytu. Do wniosku dołącza się:
1. oryginał lub uwierzytelniony odpis akt karnych oraz wchodzące w rachubę dowody rzeczowe,
  2. tekst przepisów odnoszących się do czynu i kary, mających zastosowanie w miejscu popełnienia czynu,

3. w wypadkach czynów naruszających przepisy o ruchu drogowym ponadto - tekst przepisów o ruchu drogowym mających zastosowanie w miejscu popełnienia czynu,

4. tłumaczenie na język wezwanej Umawiającej się Strony wniosku, opisu stanu faktycznego i tekstów wymienionych w punktach 2 i 3.

(6) Oryginał akt oraz dowody rzeczowe, o których mowa w ustępie 5 punkt 1, zostaną zwrócone wzywającej Umawiającej się Stronie możliwie jak najszybciej chyba, że zrzekła się ona ich zwrotu. Ewentualne prawa wezwanej Umawiającej się Strony lub osób trzecich do przekazanych przedmiotów pozostają nienaruszone.

(7) Po wszczęciu postępowania karnego na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony organy wzywającej Umawiającej się Strony nie podejmują dalszych środków ścigania lub wykonania orzeczenia wobec osoby ściganej z powodu tego samego czynu. Mogą one jednak kontynuować ściganie lub wykonanie kary albo podjąć je ponownie, jeżeli:

1. okaże się, że właściwy organ wezwanej Umawiającej się Strony nie może doprowadzić do końca postępowania karnego, w szczególności z powodu uchylania się osoby ściganej przed ściganiem karnym lub przed postępowaniem wykonawczym na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony lub że wprawdzie zakończył on postępowanie karne, ale nie wydał orzeczenia w sprawie przestępstwa będącego podstawą wniosku,
2. przed wydaniem na terytorium wezwanej Umawiającej Strony nakazu karnego, przed rozpoczęciem rozprawy głównej w pierwszej instancji lub przed wydaniem orzeczenia w postępowaniu administracyjnym organ wzywający wycofał swój wniosek z powodów, o których dowiedział się po wystąpieniu z wnioskiem.

(8) Każda czynność postępowania karnego podjęta na terytorium jednej z Umawiających się Stron stosownie do obowiązujących tam przepisów i każda czynność przerywająca bieg przedawnienia ma takie samo znaczenie na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, tak jak gdyby była prawnie skutecznie podjęta na terytorium tej Strony.

(9) Wzywająca Umawiająca się Strona będzie możliwie jak najszybciej powiadomiona o czynnościach podjętych na podstawie wniosku oraz w wypadkach, o których mowa w ustępie 7. Po zakończeniu postępowania przesłane zostanie również orzeczenie kończące postępowanie lub jego uwierzytelniony odpis.

(10) Koszty powstałe w wyniku stosowania artykułu 21 Konwencji i niniejszego artykułu nie podlegają zwrotowi.

#### Artykuł 14

(do artykułu 22 Konwencji)

Informacje z rejestru skazanych są wymieniane co najmniej raz na kwartał pomiędzy Federalnym Centralnym Rejestrem Karnym Republiki Federalnej Niemiec a Ministerstwem Sprawiedliwości Rzeczypospolitej Polskiej.

#### Artykuł 15

(do artykułu 22 Konwencji)

Organy obu Umawiających się Stron informują się wzajemnie o tym, że sąd jednej Umawiającej się Strony orzekł prawomocnie zakaz prowadzenia pojazdów na terytorium tej Umawiającej się Strony przez obywatela drugiej Umawiającej się Strony, którego prawo jazdy zostało wydane na terytorium drugiej Umawiającej się Strony. Takie zawiadomienia będą przekazywane przez właściwe organy sądowe jednej

Umawiającej się Strony do właściwych organów administracyjnych drugiej Umawiającej się Strony. Takimi organami administracyjnymi są: w Republice Federalnej Niemiec – Federalny Urząd do Spraw Ruchu Pojazdów Mechanicznych, a w Rzeczypospolitej Polskiej – Ministerstwo Infrastruktury.

## Rozdział II Szczególne formy współpracy

### Artykuł 16

#### Kontrola i utrwalanie informacji w telekomunikacji

(1) Konwencja i niniejsza Umowa mają odpowiednie zastosowanie do wniosków o zarządzenie kontroli i utrwalenie informacji w telekomunikacji.

(2) Wnioski, o jakich mowa w ustępie 1, są wykonywane tylko wówczas, jeżeli:

1. zostanie przedstawione zarządzenie kontroli i utrwalania informacji w telekomunikacji wydane przez właściwy sąd wzywającej Umawiającej się Strony,
2. zarządzenie kontroli i utrwalania informacji w telekomunikacji mogłoby nastąpić również na podstawie prawa wezwanej Umawiającej się Strony, gdyby przestępstwo będące podstawą wniosku było ścigane na terytorium tej Strony, i
3. osoba, której dotyczy wniosek, lub urządzenie telekomunikacyjne przy korzystaniu z którego jest używany podlegający kontroli kod dostępu tej osoby:
  - a) znajduje się na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony, lub

- b) znajduje się na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony, a do przeprowadzenia kontroli i utrwalenia informacji w telekomunikacji potrzebna jest techniczna pomoc wezwanej Umawiającej się Strony, lub
- c) znajduje się na terytorium państwa trzeciego, a do przeprowadzenia kontroli i utrwalenia informacji w telekomunikacji wzywająca Umawiająca się Strona potrzebuje technicznej pomocy wezwanej Umawiającej się Strony, jeżeli państwo trzecie wyraziło zgodę na przeprowadzenie kontroli i utrwalenie informacji w telekomunikacji.

(3) Jeżeli wezwana Umawiająca się Strona żąda na podstawie artykułu 12 ustęp 2 zdania 1 i 2 niniejszej Umowy zwrotu kosztów kontroli i utrwalania informacji w telekomunikacji, to kontrola taka może być zakończona, jeżeli wzywająca Umawiająca się Strona odmawia ponoszenia kosztów lub jeżeli w terminie ustalonym przez wezwaną Umawiającą się Stronę nie zobowiąże się do zwrotu tych kosztów.

(4) Informacje dotyczące osób, uzyskane przy zastosowaniu środka na podstawie ustępu 1, mogą być wykorzystane w innym postępowaniu karnym tylko za zgodą wezwanej Umawiającej się Strony. Wezwana Umawiająca się Strona udziela takiej zgody, jeżeli zarządzenie takiego środka byłoby możliwe zgodnie z jej prawem również w odniesieniu do przestępstwa będącego podstawą postępowania.

(5) Materiały otrzymane przez wzywającą Umawiającą się Stronę podlegają zniszczeniu, gdy tylko przestaną być potrzebne dla postępowania karnego, w tym także dla postępowania o którym mowa w ustępie 4 zdanie 1.

(6) Jeżeli prawo wezwanej Umawiającej się Strony przewiduje zawiadomienie osoby, której kontrola dotyczy, to wzywająca Umawiająca się Strona powiadamia wezwaną Umawiającą się Stronę o tym, kiedy takie zawiadomienie może nastąpić bez uszczerbku dla ważnych interesów.

(7) Postanowienia ustępów 1, 2, (pkt 1 i 2), 4, 5 i 6 stosuje się odpowiednio do wniosków o przekazanie materiałów uzyskanych w wyniku zastosowania kontroli i

utrwalenia informacji w telekomunikacji w postępowaniu karnym prowadzonym na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony.

### Artykuł 17

#### Współpraca w postępowaniach przygotowawczych

(1) W postępowaniach przygotowawczych w sprawach o przestępstwa naruszające interesy obu Umawiających się Stron, możliwe jest za wzajemnym porozumieniem utworzenie grupy koordynacyjnej składającej się z funkcjonariuszy obu Umawiających się Stron. Grupa taka ma na celu synchronizację i wspieranie postępowań przygotowawczych prowadzonych na terytorium jednej lub obu Umawiających się Stron.

(2) Jeżeli w postępowaniu przygotowawczym konieczna jest szczególna wiedza specjalistyczna, to wówczas jedna Umawiająca się Strona może na wniosek drugiej Umawiającej się Strony delegować własnych specjalistów w celu wsparcia postępowania przygotowawczego.

(3) Grupy wymienione w ustępach 1 i 2 działają na następujących warunkach:

1. grupy tworzy się tylko w określonym celu i na czas ograniczony,
2. funkcjonariuszy uczestniczących w grupie obowiązuje prawo tej Umawiającej się Strony, na której terytorium grupa ma działać,
3. członkostwo w grupie nie uprawnia uczestniczących w niej funkcjonariuszy do dokonywania zatrzymań, przeszukiwań, przesłuchań lub podejmowania innych środków, które naruszałby w podobny sposób prawa osób na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

### Rozdział III

#### Ochrona danych osobowych

#### Artykuł 18

##### Definicja

Dane osobowe, zwane dalej danymi, oznaczają każdą informację o określonej lub możliwej do określenia osobie fizycznej.

#### Artykuł 19

##### Określenie celu korzystania z danych

(1) Korzystanie z danych przekazanych na podstawie Konwencji lub niniejszej Umowy jest dopuszczalne jedynie w celu określonym w Konwencji lub Umowie, dla którego dane te są przekazywane, i na warunkach określonych w konkretnym wypadku przez organ przekazujący te dane. Ponadto korzystanie z tych danych jest dopuszczalne:

1. w celu, w jakim te dane mogłyby być również przekazane na podstawie Konwencji lub niniejszej Umowy,
2. w celu ścigania przestępstw,
3. w celu zapobiegania poważnym przestępstwom,
4. w postępowaniu sądowym i postępowaniu administracyjnym, które jest związane z celami wymienionymi w zdaniu 1 i zdaniu 2 punkt 1, 2 i 3 oraz
5. w celu ochrony przed poważnymi zagrożeniami bezpieczeństwa publicznego.

2) Korzystanie z danych do celów innych jest dopuszczalne tylko po uprzednim wyrażeniu zgody tej Umawiającej się Strony, która przekazała te dane.

## Artykuł 20

### Postanowienia dodatkowe

Oprócz przepisów prawnych obowiązujących każdą z Umawiających się Stron, obowiązują dodatkowo następujące postanowienia:

1. organ przyjmujący informuje na wniosek organ przekazujący o tym, jak wykorzystał przekazane dane oraz o uzyskanych w ten sposób wynikach,
2. organ przekazujący jest zobowiązany do zwracania uwagi na prawdziwość przekazywanych danych oraz na potrzebę i współmierność ich przekazania do zamierzonego celu. Należy przy tym przestrzegać zakazów przekazywania danych obowiązujących w prawie wewnętrznym danej Umawiającej się Strony. Jeżeli okaże się, że przekazano dane błędne lub takie, których nie wolno było przekazywać, należy o tym niezwłocznie powiadomić organ przyjmujący. Organ ten jest zobowiązany poprawić lub zniszczyć te dane,
3. osobę zainteresowaną należy poinformować na jej wniosek o zgromadzonych o niej danych, o przewidywanym celu ich wykorzystania oraz o celu gromadzenia danych. Nie ma obowiązku udzielania informacji, jeżeli z porównania interesów wynika, że interes publiczny przemawiający za nieinformowaniem przeważa nad interesem osoby, której informacje dotyczą. Poza tym uprawnienie zainteresowanego do uzyskania informacji na temat posiadanych o nim danych reguluje prawo wewnętrzne tej Umawiającej się Strony, na której terytorium złożono wniosek o informację,
4. jeżeli prawo wewnętrzne mające zastosowanie wobec organu przekazującego, przewiduje szczególne terminy usunięcia przekazanych danych, organ



przekazujący zwraca uwagę na ten fakt organowi przyjmującemu. Niezależnie od tych terminów przekazane dane należy usunąć, gdy tylko przestaną być potrzebne dla celu, o którym mowa w artykule 19 lub gdy okaże się, że dotyczą osób trzecich nie mających związku ze sprawą,

5. organ przekazujący i organ przyjmujący są zobowiązane do utrwalenia we właściwy sposób faktu przekazania i odbioru danych,
6. zarówno organ przekazujący jak i organ przyjmujący są zobowiązane do skutecznej ochrony przekazanych danych przed dostępem do nich osób do tego nieuprawnionych, nieuprawnionymi zmianami i nieuprawnionym ich ujawnieniem,
7. jeżeli jakkolwiek osoba zostanie bezprawnie poszkodowana na skutek przekazywania danych na podstawie Konwencji lub niniejszej Umowy, to za szkodę odpowiada organ przyjmujący zgodnie z przepisami swego prawa wewnętrznego. W stosunku do poszkodowanego organ ten nie może w celu uwolnienia się od odpowiedzialności powoływać się na to, że szkoda spowodowana została przez organ przekazujący. Jeżeli organ przyjmujący wypłacił odszkodowanie za szkodę spowodowaną wykorzystaniem przekazanych błędnie danych, to organ przekazujący zwraca organowi przyjmującemu całą kwotę wypłaconego odszkodowania.

## Artykuł 21

### Przetwarzanie danych na terytorium drugiej Umawiającej się Strony

(1) Przepisy niniejszego rozdziału obowiązują również w odniesieniu do danych uzyskanych na terytorium drugiej Umawiającej się Strony w ramach czynności transgranicznych. Należy wówczas przestrzegać szczególnych warunków określonych

przez wezwaną Umawiającą się Stronę w związku z konkretną czynnością transgraniczną.

(2) Funkcjonariuszom działającym na terytorium drugiej Umawiającej się Strony wolno udostępnić urzędowe zbiory danych osobowych tylko pod zwierzchnictwem funkcjonariusza tej Umawiającej się Strony.

#### Rozdział IV

#### Postanowienia ogólne i końcowe

#### Artykuł 22

#### Ochrona tajemnicy

Jeżeli na podstawie Konwencji lub niniejszej Umowy mają być przekazane dane, które według prawa przekazującej Umawiającej się Strony podlegają obowiązkowi zachowania tajemnicy i zostały w ten sposób oznaczone, przekazanie tych danych może zostać uzależnione od zapewnienia przestrzegania tego obowiązku przez Stronę otrzymującą.

#### Artykuł 23

#### Status prawny funkcjonariuszy w zakresie prawa karnego

Funkcjonariusze jednej Umawiającej się Strony, którzy zgodnie z niniejszą Umową podejmują działania na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, są, w odniesieniu do przestępstw popełnionych przez nich lub wobec nich, zrównani z funkcjonariuszami drugiej Umawiającej się Strony.

#### Artykuł 24

#### Odpowiedzialność w zakresie prawa cywilnego

- (1) Umawiające się Strony zrzekają się wzajemnie wszelkich roszczeń odszkodowawczych z powodu utraty lub uszkodzenia wartości majątkowych należących do nich lub do organów administracyjnych, jeżeli szkoda ta została wyrządzona przez funkcjonariusza przy wykonywaniu zadań związanych z wykonywaniem niniejszej Umowy.
- (2) Umawiające się Strony zrzekają się wzajemnie wszelkich roszczeń odszkodowawczych z powodu uszkodzenia ciała lub śmierci funkcjonariusza, jeżeli szkoda ta nastąpiła przy wykonywaniu zadań związanych z wykonywaniem niniejszej Umowy. Nie narusza to roszczeń odszkodowawczych funkcjonariusza lub w wypadku jego śmierci – osób uprawnionych.
- (3) Jeżeli funkcjonariusz jednej z Umawiających się Stron przy wykonywaniu na terytorium drugiej Umawiającej się Strony zadań związanych z wykonywaniem niniejszej Umowy wyrządzi szkodę osobie trzeciej, to odpowiedzialność za tę szkodę ponosi Umawiająca się Strona, na której terytorium szkoda ta powstała – na podstawie przepisów prawnych jakie miałyby zastosowanie w wypadku wyrządzenia szkody przez własnego właściwego funkcjonariusza.
- (4) Umawiająca się Strona, której funkcjonariusz wyrządził szkodę na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, zwraca drugiej Umawiającej się Stronie całą kwotę odszkodowania wypłaconego poszkodowanemu lub jego spadkobiercom.
- (5) Właściwe organy Umawiających się Stron ściśle współpracują ze sobą w celu ułatwienia załatwiania roszczeń odszkodowawczych. W szczególności dokonują one wzajemnej wymiany wszystkich dostępnych im informacji o szkodach w rozumieniu niniejszego artykułu i okolicznościach ich powstania.

(6) Przepisów ustępów 1 i 2 nie stosuje się w wypadku szkody spowodowanej umyślnie lub wskutek rażącego niedbalstwa.

#### Artykuł 25

##### Zmiana organów

(1) Umawiające się Strony notyfikują sobie wzajemnie informacje o zmianach nazw lub właściwości organów wymienionych w niniejszej Umowie.

(2) Noty, o których mowa w ustępie 1, podlegają urzędowemu ogłoszeniu przez Umawiające się Strony.

#### Artykuł 26

##### Spotkania przedstawicieli Umawiających się Stron

Federalne Ministerstwo Sprawiedliwości Republiki Federalnej Niemiec i Ministerstwo Sprawiedliwości Rzeczypospolitej Polskiej będą bezpośrednio uzgadniać, w razie potrzeby, spotkania swoich przedstawicieli w celu zapewnienia jednolitego wykonywania Konwencji i niniejszej Umowy oraz w celu usuwania trudności mogących pojawić się podczas ich wykonywania. Jeżeli omawiane sprawy objęte będą właściwością innych organów, wówczas będą one zapraszane do uczestniczenia w spotkaniach.

#### Artykuł 27

##### Wypowiedzenie Konwencji

Jeżeli jedna z Umawiających się Stron wypowie Konwencję, to wypowiedzenie staje się skuteczne w stosunkach między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską

po upływie dwóch lat od daty otrzymania przez Sekretarza Generalnego Rady Europy notyfikacji o wypowiedzeniu.

#### Artykuł 28

#### Wejście w życie i wygaśnięcie Umowy

(1) Umowa niniejsza podlega ratyfikacji. Wejdzie ona w życie po upływie miesiąca od dnia wymiany dokumentów ratyfikacyjnych.

(2) Umowa niniejsza może być wypowiedziana na piśmie w każdym czasie. W takim wypadku Umowa utraci moc po upływie sześciu miesięcy od daty otrzymania notyfikacji o wypowiedzeniu. Umowa utraci moc także bez szczególnego jej wypowiedzenia w chwili, w której Konwencja utraci moc pomiędzy Umawiającymi się Stronami.

Sporządzono w *Berlinie* dnia *17 lipca 2003 roku*, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty posiadają jednakową moc.

W imieniu  
Republiki Federalnej Niemiec

W imieniu  
Rzeczypospolitej Polskiej

  
*Injilke Zypin*



[TRANSLATION -- TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE  
REPUBLIC OF POLAND CONCERNING THE SUPPLEMENTING OF  
THE EUROPEAN CONVENTION ON MUTUAL ASSISTANCE IN CRIMINAL  
MATTERS, DATED 20 APRIL 1959, AND THE FACILITATION OF  
ITS APPLICATION

The Federal Republic of Germany and the Republic of Poland (hereinafter referred to as the "Contracting Parties"),

Desirous of supplementing the European Convention on Mutual Assistance in Criminal Matters of 20 April 1959, in the version of the Additional Protocol of 17 March 1978 (hereinafter referred to as "the Convention"), in the relations between the two Contracting Parties and of facilitating the application of the principles contained therein,

Have agreed as follows:

CHAPTER I. SUPPLEMENTING OF INDIVIDUAL ARTICLES OF THE CONVENTION

*Article 1. (Ad Article 1 of the Convention)*

Mutual assistance shall also be afforded in proceedings in respect of acts for the prosecution of which, at the time of the request for mutual assistance, the judicial authorities of the requesting Contracting Party are competent and the judicial or administrative authorities in the territory of the requested Contracting Party would be competent.

*Article 2. (Ad Article 1 of the Convention)*

The Convention and this Treaty shall also be applied:

1. In cases relating to pardons;
2. In proceedings relating to claims for compensation for unjustified deprivation of liberty, unjustified conviction or other prejudice arising out of a criminal proceeding, to the extent that no provisions of other international arrangements are applicable.

*Article 3. (Ad Articles 3 and 5 of the Convention)*

(1) Mutual assistance in the forms of seizure, searches and transmission of evidence shall be given only if the act forming the grounds for the request is punishable under the laws of both Contracting Parties. An authentic or certified copy of:

1. An order emanating from a competent body in the requesting Contracting Party requiring the items to be taken into official custody, even against the will of the holder; or

2. An order emanating from such a body stating that the items could be taken into official custody, even against the will of the holder, if they were located in the territory of the requesting Contracting Party, shall be appended to a request of this type.

(2) In addition to the items referred to in paragraph (1) of Article 3 of the Convention, for purposes of return to the persons entitled to them articles or the proceeds of articles secured through the offence shall also be transmitted, provided that;

1. The items are not needed in the territory of the requested Contracting Party for a criminal proceeding;

2. No third party lays claim to the items; and

3. No administrative or judicial decision opposing transmission exists.

The presentation of an order or declaration within the meaning of subparagraph 2 of paragraph (1) shall not be necessary.

(3) In addition, the presentation of an order or declaration within the meaning of the second subparagraph of paragraph (1) shall not be necessary when requests are made for documents, including records or copies thereof, which are in the possession of the requested Contracting Party or are voluntarily made available to the latter by a third party. Such requests shall be treated as requests for the communication of information.

(4) The rights of the requested Contracting Party and of third parties to items and documents, including records, transmitted to the requesting Contracting Party shall remain unaffected.

(5) Customs liens and other ad rem claims under the provisions of Customs or tax law shall not be asserted by the requesting Contracting Party when transmitting items whose return has been waived, unless the owner of the items, being the injured party in respect of the offence, is himself liable for payment.

(6) Subject to the requirements of paragraphs (1) and (4), articles may also be transmitted to ensure execution of confiscation and forfeiture decisions in the territory of the requesting Contracting Party.

#### *Article 4. (Ad Article 4 of the Convention)*

The representatives of the authorities participating in the criminal proceeding, and other persons (and their authorized representatives) concerned in the proceeding, shall at the request of the requesting Contracting Party be allowed, subject to Article 2 of the Convention, to be present when letters rogatory are executed in the territory of the requested Contracting Party. They may ask supplementary questions or suggest supplementary measures. The protection granted under Article 12 of the Convention shall be extended to these persons.

#### *Article 5. (Ad Article 7 of the Convention)*

(1) The documents referred to in paragraph (1) of Article 7 of the Convention may be served directly through the post by registered mail with acknowledgement of receipt. The foregoing shall not apply if the Contracting Party in which service is to be effected could

refuse under the terms of the Convention to comply with a request to effect service of documents.

(2) Service effected in accordance with the first sentence of paragraph (1) shall have the same legal effect as a service effected by the judicial authorities of the Contracting Party in which the service takes place.

(3) Without prejudice to the first sentence of paragraph (1), the requesting Contracting Party may direct a request for service of documents to the judicial authorities of the requested Contracting Party if it considers this necessary in a particular case.

*Article 6. (Ad Article 10 of the Convention)*

Paragraphs (2) and (3) of Article 10 of the Convention shall apply to all cases in which a witness or an expert is summoned to appear. Requests for advances may also be submitted by a witness or expert.

*Article 7. (Ad Articles 11 and 12 of the Convention)*

(1) If the requested Contracting Party permits the presence of a person in custody in the territory of the requesting Contracting Party when letters rogatory are executed, it must hold that person in custody for the duration of his sojourn in its territory and return him immediately after the completion of the execution of the letters rogatory to the requesting Contracting Party unless the requesting Contracting Party requests his release.

(2) A transfer in accordance with paragraph (1) may only take place with the consent of the person concerned. This shall not apply when the person concerned is charged under the proceeding forming the subject of the letters rogatory and that person's presence is necessary for the execution of the letters rogatory.

(3) If a third State permits a person in custody in the territory of a Contracting Party to be present for the execution of letters rogatory, paragraphs (2) and (3) of Article 11 of the Convention shall apply as appropriate to the transit of that person through the territory of the other Contracting Party.

(4) The provisions of Article 12 of the Convention shall apply as appropriate in the cases referred to in paragraphs (1) and (3).

*Article 8. (Ad Article 13 of the Convention)*

(1) The requested Contracting Party shall also communicate the documents and information referred to in paragraph (1) of Article 13 of the Convention when these are requested by the police authorities of the other Contracting Party in respect of a criminal matter to the same extent as these may be made available to its own police authorities in similar cases.

(2) For purposes other than criminal matters the requested Contracting Party shall communicate these documents and information at the request of the authorities of the other Contracting Party to the same extent that these may be made available to its own authorities in similar cases.



*Article 9. (Ad Article 14 of the Convention)*

Requests for service of documents shall, in indicating the object of and the reason for the request, also specify the nature of the document to be served and the status of the recipient in the proceedings.

*Article 10. (Ad Article 15 of the Convention)*

(1) Except where this Treaty provides otherwise, communications concerning mutual assistance shall be channelled directly between judicial authorities. Transmission through the Federal Ministry of Justice or the Ministries of Justice of the Laender of the Federal Republic of Germany, on the one hand, and the Ministry of Justice of the Republic of Poland, on the other, shall not be excluded by the foregoing.

(2) Requests for the transfer or transit of persons in custody shall be transmitted through the Federal Ministry of Justice or the Ministries of Justice of the Laender of the Federal Republic of Germany, on the one hand, and the Ministry of Justice of the Republic of Poland, on the other. In urgent cases direct communication between the judicial authorities of the two Contracting Parties shall be admissible.

(3) Requests for the communication of information or documents from criminal records for penal purposes shall be addressed, in the Federal Republic of Germany, to the Federal Central Registry Office and in the Republic of Poland, to the Ministry of Justice of the Republic of Poland. Requests under Article 8 of this Treaty may be addressed directly by the authorities referred to in that Article to the authorities referred to in the first sentence of this paragraph.

(4) For purposes of implementation and facilitation of communications concerning mutual assistance the Contracting Parties shall make available to each other directories or other information material indicating the geographical areas of competence of individual judicial authorities.

*Article 11. (Ad Article 16 of the Convention)*

(1) A certified translation in the language of the requested Contracting Party must be appended to each request unless bilingual forms of a type agreed between the Contracting Parties are used. Certification of the signature of the translator shall not be necessary.

(2) Paragraph (1) shall apply to attachments as appropriate.

(3) Attachment of a translation of documents to be served shall not be necessary if the recipient of the service has a knowledge of the language in which the document to be served was written.

(4) In cases falling under Article 5, paragraph (1), of this Treaty a translation by the authority requesting the service shall not be necessary. However, if there are grounds for belief that the recipient of the service has not a knowledge of the language in which the documents are written, the latter, or at least their essential content, must be translated into the language of the Contracting Party in the territory of which the recipient is residing. If the authority which prepared the documents to be served is aware that the recipient only has a

knowledge of another language, the documents, or at least their essential content, must be translated into that other language.

*Article 12. (Ad Article 20 of the Convention)*

(1) The costs incurred in the transmittal of items for the purpose of their delivery to the persons entitled to them (Article 3, paragraph (2), of this Treaty) and in the transfer and transit of persons in custody (Article 7 of this Treaty) shall be borne by the requesting Contracting Party.

(2) The requested Contracting Party may request reimbursement of the costs incurred in meeting a request for telecommunication surveillance and recording. In that case it shall inform the requesting Contracting Party without delay of the anticipated amount of those costs. If surveillance is ended in accordance with Article 16, paragraph (3), of this Treaty, the requesting Contracting Party shall be obliged to bear the costs already incurred.

*Article 13. (Ad Article 21 of the Convention)*

(1) Information and written communications under Article 21 of the Convention shall pass through the channels provided for in paragraph (1) of Article 10 of this Treaty.

(2) On the basis of information transmitted under Article 21 of the Convention the competent authority of the requested Contracting Party shall introduce criminal or administrative proceedings in accordance with domestic legislation.

(3) If in the judgement of the facts within the meaning of paragraph (2) road traffic regulations have to be taken into account, the regulations applicable at the place where the offence was committed shall be taken as the basis for judgement.

(4) A complaint or other declaration necessary for the introduction of criminal proceedings in the territory of the requesting Contracting Party shall also be valid in the requested Contracting Party. Complaints or other declarations which are necessary only under the laws of the requested Contracting Party may be furnished within two months of receipt of the information by the competent prosecuting authorities of the requested Contracting Party.

(5) The information laid must describe the facts of the case and give the fullest possible particulars of the suspected person, his nationality and his place of residence or domicile. The following must be appended:

1. the original, or a certified copy, of the records and of relevant evidence;
2. the wording of the provisions applicable at the place where the offence was committed relating to the facts of the case and the penalty applicable;
3. in addition, in cases of traffic offences, the wording of the traffic regulations applicable at the place where the offence was committed;
4. a translation into the language of the requested Contracting Party of the information laid, the description of the facts and the documents referred to in 2. and 3. above.

(6) Original documents and evidence within the meaning of paragraph (5), subparagraph 1, shall be returned to the requesting Contracting Party as soon as possible unless the

latter waives their return. Any existing rights of the requested Contracting Party or of third parties to the transmitted items shall remain unaffected.

(7) If criminal proceedings are begun in the territory of the requested Contracting Party, the authorities of the requesting Contracting Party shall refrain from further measures of prosecution or enforcement against the accused person in respect of the same act. However, they may continue or resume the prosecution or enforcement measure:

1. if it emerges that the competent authority of the requested Contracting Party is unable to complete the prosecution proceedings, in particular because the accused person has absconded from measures of prosecution or execution of sentence in the territory of the requested Contracting Party, or that it has completed the prosecution proceedings but has taken no decision on the substance of the offence which formed the grounds for the request;

2. if, on account of the emergence of new evidence after the making of the request and before the handing down of a penal sentence, before the beginning of the main proceedings in first instance or before the issue of an administrative order in the territory of the requested Contracting Party, the requesting Contracting Party has withdrawn its request.

(8) Any investigative proceedings undertaken in the territory of one of the Contracting Parties in accordance with the legal provisions in force there, and any measure interrupting the running of the statute of limitations, shall have the same validity in the territory of the other Contracting Party as if they had been legally undertaken in the territory of that Contracting Party.

(9) The requesting Contracting Party shall be informed as soon as possible of the action taken on the information laid and of cases falling under paragraph (7). After completion of the procedure it shall also be sent an original or a certified copy of the decision closing the procedure.

(10) Costs incurred in the application of Article 21 of the Convention and of this Article shall not be reimbursed.

*Article 14. (Ad Article 22 of the Convention)*

The information from the criminal records shall be exchanged at least once per quarter between the Federal Central Registry Office in the Federal Republic of Germany and the Ministry of Justice of the Republic of Poland. .

*Article 15. (Ad Article 22 of the Convention)*

The authorities of both Contracting Parties shall inform one another of cases in which, in the territory of one Contracting Party, a national of the other Contracting Party has been deprived by an executory decision of a court of law of the right to use within the country a driving license issued in the territory of the other Contracting Party. The relevant information shall be transmitted by the competent judicial authority of the one Contracting Party to the competent administrative authority of the other Contracting Party. The competent administrative authority in the Federal Republic of Germany shall be the Federal Motor Traf-

fic Office (Kraftfahrt-Bundesamt) and that in the Republic of Poland the Ministry of Infrastructure.

## CHAPTER II. SPECIAL FORMS OF COOPERATION

### *Article 16. (Surveillance and recording of telecommunications)*

(1) The Convention and this Treaty shall also apply to requests concerning the ordering of telecommunications surveillance and recording measures.

(2) Requests under paragraph (1) shall only be executed where:

1. a surveillance order from a competent court in the requesting Contracting Party is presented;

2. the surveillance could also be ordered under the laws of the requested Contracting Party if prosecution for the offence forming the grounds for the request were to be effected there; and

3. the targeted person, or the telecommunication apparatus to be monitored from which the call sign of the targeted person to be monitored, is used -

a) is located in the territory of the requested Contracting Party;

b) is located in the territory of the requesting Contracting Party and the technical assistance of the requested Contracting Party is needed for the surveillance;

c) is located in the territory of a third State and the requesting Contracting Party needs the technical assistance of the requested Contracting Party for the surveillance, provided that the third State has agreed to the surveillance.

(3) If the requested Contracting Party desires the reimbursement of the cost of the telecommunications surveillance and recording in accordance with the first and second sentences of paragraph (2) of Article 12 of this Treaty, the surveillance may be ended if the requesting Contracting Party declines to bear the costs or fails to commit itself to reimbursement within a period fixed by the requested Contracting Party.

(4) Personal data acquired within the framework of a measure taken under paragraph (1) may be used in other criminal proceedings only with the agreement of the requested Contracting Party. The latter shall give such agreement if under its own laws the measure could also be ordered in connection with the offence forming the grounds for the proceedings.

(5) The documents received by the requesting Contracting Party must be destroyed as soon as they are no longer needed for criminal proceedings within the meaning of the first sentence of paragraph (4) .

(6) If the laws of the requested Contracting Party provide for notification of the targeted person, the requesting Contracting Party shall inform the requested Contracting Party of the fact if notification can be effected without jeopardizing major interests.

(7) Paragraphs (1), (2) (subparagraphs 1 and 2), (4), (5) and (6) shall apply as appropriate to requests for the return of documents deriving from telecommunications surveil-

lance and recording measures used in criminal proceedings in the territory of the requested Contracting Party.

*Article 17. (Cooperation in investigations)*

(1) For purposes of the investigation of offences affecting the interests of both Contracting Parties a coordination group consisting of officers of both Contracting Parties may be established by mutual agreement. The group shall serve for coordination and support of investigations being conducted in the territory of one or both Contracting Parties.

(2) If particular specialized knowledge is required in investigations, one Contracting Party may at the request of the other Contracting Party second its own specialist personnel to support the investigations of the other Contracting Party.

(3) The groups referred to in paragraphs (1) and (2) shall operate under the following conditions:

1. they shall be established only for a specific purpose and for a limited period of time;
2. the participating officers shall be subject to the laws of the Contracting Party in whose territory the operations of the group are to take place;
3. membership of the group shall not confer on the officers forming part of it authority to make arrests, conduct searches, undertake interrogations or take other measures which may in a comparable manner affect the rights of individuals in the territory of the other Contracting Party.

CHAPTER III. PROTECTION OF PERSONAL DATA

*Article 18. (Definition)*

Personal data (hereinafter referred to as "data") are individual items of information concerning an identified or identifiable physical person.

*Article 19. (Relationship to purpose)*

(1) Data transmitted under the terms of the Convention or this Treaty may be used solely for the purposes specified in the Convention or this Treaty and under the conditions stipulated by the transmitting body regarding the particular case. In addition, use of the data is admissible:

1. for purposes for which the data may also be transmitted under the terms of the Convention or of this Treaty:
2. for the prosecution of offences;
3. for the prevention of major offences;
4. for legal and administrative proceedings connected with the purposes referred to in section 1 and section 2, subsections 1, 2 and 3; and
5. for the prevention of major threats to public safety.

(2) Use of the data for other purposes may only be made with the prior agreement of the transmitting Contracting Party.

*Article 20. (Additional provisions)*

In addition, the following provisions, subject to the laws in force in each Contracting Party, shall apply to the transmission and use of data:

1. The receiving body shall on request report to the transmitting body on the use made of the data transmitted and the findings sought from their use.

2. The transmitting body shall be obliged to ensure the accuracy of the data to be transmitted and its necessity and relevance for the purpose of the investigation. . The prohibitions concerning transmission in force in current domestic legislation must be complied with. If it transpires that incorrect data, or data the transmission of which is not permitted, has been transmitted, the receiving body must be informed immediately. The latter shall be obliged to undertake correction or destruction.

3. The person concerned shall be entitled on application to receive information on the data concerning him or her, the planned purpose of its use and the purpose of its storage. A duty of disclosure shall not exist where grounds exist for concluding that the public interest of non-disclosure outweighs the interest of the person concerned in disclosure of the information. In addition, the right of the person concerned to receive the available data concerning him shall be subject to the domestic legislation of the Contracting Party in whose territory the information is applied for.

4. If the national legislation in force applicable to the transmitting body contains special provisions concerning deletion after a certain period which are applicable to the data transmitted, the transmitting body shall draw the attention of the receiving body to the fact. Irrespective of any such provisions, the data transmitted must be deleted as soon as they are no longer required for purposes within the meaning of Article 19 or if it transpires that they relate to third parties not involved.

5. The transmitting and recipient bodies shall handle the transmission and the reception of the data in an appropriate manner.

6. The transmitting and the recipient bodies shall effectively protect the data transmitted against unauthorized access, modification and disclosure.

7. If any person suffers prejudice unlawfully as a result of transmissions within the framework of exchanges of data under the Convention or this Treaty, the receiving body shall be liable to him in accordance with its domestic legislation. It may not allege, in its relationship with the injured person for purposes of damages, that the prejudice was caused by the transmitting Contracting Party. If the recipient body pays compensation in respect of prejudice caused by wrongfully transmitted data, the transmitting body shall reimburse the recipient body the entire amount of the compensation paid.

*Article 21. (Data processing in the territory of the other Contracting Party)*

(1) The rules in this chapter shall also apply to data collected in the territory of the other Contracting Party in the course of cross-border operations. In this regard the particu-

lar conditions laid down by the requested Contracting Party in connection with the cross-border measure must be complied with.

(2) Officers engaged in activity in the territory of the other Contracting Party may be allowed access to official data banks of personal data by that Contracting Party only under the direction of an officer of that Contracting Party.

#### CHAPTER IV. GENERAL AND FINAL PROVISIONS

##### *Article 22. (Safeguarding of secrecy)*

If data are transmitted under the Convention or this Treaty which under the laws of the transmitting Contracting Party are subject to an obligation of safeguarding of secrecy and are designated as such, the transmitting Contracting Party may make the transmission subject to compliance with that obligation by the receiving Contracting Party.

##### *Article 23. (Legal position of officers in criminal law)*

Officers of one Contracting Party operating on the territory of the other Contracting Party under this Treaty shall, with regard to criminal acts committed by them or against them, be on the same footing as officers of the other Contracting Party.

##### *Article 24. (Liability)*

(1) The Contracting Parties shall mutually waive all claims for compensation in respect of loss of or damage to assets belonging to them or to administrative organs if the damage is caused by an official in the performance of tasks connected with the implementation of this Treaty.

(2) The Contracting Parties shall mutually waive all claims for compensation in respect of injury or death of an officer if the injury or death arises in the performance of tasks connected with the implementation of this Treaty. The rights of the official or, in the event of his death, of his heirs to compensation shall remain unaffected by this provision.

(3) If prejudice is caused to a third party by an officer of one Contracting Party in the performance of tasks connected with the implementation of this Treaty in the territory of the other Contracting Party, the Contracting Party in whose territory the prejudice occurred shall be liable for damages in accordance with the provisions which would be applicable in the case of prejudice caused by one of its own competent officers.

(4) The Contracting Party whose officer has caused prejudice in the territory of the other Contracting Party shall reimburse that other Contracting Party the full amount of the compensation which the latter has paid to the injured party or to that party's heirs.

(5) The competent authorities of the Contracting Parties shall work closely together to facilitate the settlement of claims for compensation. In particular, they shall exchange all information available to them on cases of loss or damage within the meaning of this Article and the circumstances of their occurrence.

(6) Paragraphs (1) and (2) shall not apply where the damage has been caused intentionally or through gross negligence

*Article 25. (Changes in authorities)*

(1) The Contracting Parties shall inform one another of changes in the designations or the competence of the authorities referred to in this Treaty by Note verbale.

(2) Notes verbales within the meaning of paragraph (1) shall be officially published by the Contracting Parties.

*Article 26. (Meetings of representatives of the Contracting Parties)*

The Federal Ministry of Justice of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Justice of the Republic of Poland shall as necessary, through direct contact, arrange for meetings of their representatives in order to ensure the uniform implementation of the Convention and of this Treaty and to overcome any difficulties arising in the context of its implementation. Where the fields of competence of other Ministries are affected by the questions to be discussed, those Ministries shall be invited to participate in the meetings.

*Article 27. (Denunciation of the Convention)*

If one of the Contracting Parties denounces the Convention, the denunciation shall become effective in the relations between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland two years after receipt of the notification of the denunciation by the Secretary General of the Council of Europe.

*Article 28. (Entry into force and expiry of the Treaty)*

(1) This Treaty shall require ratification. It shall enter into force one month after the exchange of instruments of ratification.

(2) This Treaty may be denounced in writing at any time. It shall cease to have effect six months after receipt of the denunciation. It shall also cease to have effect without specific denunciation on the date on which the Convention ceases to be effective as between the Contracting Parties.

Done in Berlin on 17 July 2003 in two originals, each in the German and Polish languages, each language version being equally binding.

For the Federal Republic of Germany:

JÜRGEN CHROBOG

BRIGITTE ZYPRIES

For the Republic of Poland:

GRZEGORZ KURCZUK



[TRANSLATION -- TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE EN VUE DE COMPLÉTER LA CONVENTION EUROPÉENNE D'ENTRAIDE JUDICIAIRE EN MATIÈRE PÉNALE DU 20 AVRIL 1959 ET DE FACILITER SON APPLICATION

La République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne dénommées ci-après les "Parties contractantes",

Désireuses de compléter la Convention européenne d'entraide judiciaire en matière pénale du 20 avril 1959 dans sa version du deuxième Protocole additionnel du 17 mars 1978 - dénommée ci-après la Convention - entre les deux Parties contractantes et de faciliter l'application des principes qui y figurent,

Sont convenues de ce qui suit:

CHAPITRE PREMIER. COMPLÉMENT APPORTÉ À CERTAINES DISPOSITIONS DE LA CONVENTION

*Article premier. (Ad article 1 de la Convention)*

L'entraide judiciaire sera aussi accordée dans les procédures pénales concernant des faits dont la répression, au moment où l'entraide est demandée, serait de la compétence des autorités judiciaires de la Partie contractante requérante et de celles des autorités judiciaires et administratives sur le territoire de la Partie contractante requise.

*Article 2. (Ad article 1 de la Convention)*

La Convention et le présent Traité s'appliquent aussi:

1. Aux procédures de grâce;
2. Aux procédures d'indemnisation du chef de privation de liberté injustifiée, de jugements non fondés ou d'autres préjudices résultant d'une procédure pénale, pour autant que d'autres dispositions d'autres conventions de droit international public ne soient pas applicables.

*Article 3. (Ad articles 3 et 5 de la Convention)*

(1) L'entraide judiciaire se traduisant par des perquisitions, une saisie et une remise d'objets ne sont accordées que dans la mesure seulement où l'infraction à la base de la demande est passible de sanctions au regard du droit des deux Parties contractantes. Sera joint à cette demande un exemplaire ou une copie conforme

1. de l'ordonnance d'une entité compétente de la Partie contractante requérante enjoignant de placer sous séquestre les objets même contre la volonté de leur possesseur précaire, ou

2. d'une déclaration d'une telle entité indiquant que les objets pourraient être placés sous séquestre même contre la volonté de leur possesseur précaire s'ils se trouvaient sur le territoire de la Partie contractante requérante.

(2) Hormis les objets énumérés au paragraphe 1 de l'article 3 de la Convention, les objets obtenus suite à l'infraction ou ce qui a été obtenu en rémunération des objets obtenus seront restitués à l'ayant droit pour autant que:

1. les objets ne soient pas nécessaires dans le cadre d'une procédure pénale engagée sur le territoire de la Partie contractante requise,
2. des tiers ne puissent se prévaloir de droits sur lesdits objets et que
3. la remise ne soit pas contraire à une décision du parquet ou des tribunaux.

La présentation d'une ordonnance ou d'une déclaration au sens de phrase 2 du paragraphe 1 n'est pas nécessaire.

(3) La présentation d'une ordonnance ou d'une déclaration au sens de la phrase 2 du paragraphe 1 n'est pas non plus nécessaire si demande est faite de transmettre des pièces écrites, y compris des dossiers, ou plusieurs exemplaires de ceux-ci ou de celles-ci placés sous la garde des autorités de la Partie contractante requise ou de les mettre librement à la disposition de tiers. De telles demandes sont traitées comme des demandes de transmission de renseignements.

(4) Il n'est pas dérogé ici aux droits de la Partie contractante requise et des tiers sur les objets et les pièces écrites, y compris les dossiers, transmis à la partie contractante requérante.

(5) Lors de la remise d'objets avec renonciation à leur restitution, la Partie contractante requise ne peut faire valoir l'existence d'un droit de gage douanier ou d'une autre sûreté réelle sur ces objets en vertu des dispositions de sa législation douanière ou fiscale, à moins que le propriétaire des objets lésé ne soit lui-même redevable des droits ou de l'impôt en cause.

(6) Aux conditions énoncées aux paragraphes 1 et 4, des objets peuvent être également restitués pour garantir l'exécution d'une décision de saisie ou de confiscation sur le territoire de la Partie contractante requérante.

#### *Article 4. (Ad article 4 de la Convention)*

À la demande de la Partie contractante requérante, les représentants des autorités participant à la procédure pénale, de même que les autres intéressés et leurs représentants seront, sous réserve de l'article 2 de la Convention, autorisés à assister à l'exécution de la commission rogatoire sur le territoire de la Partie contractante requise. Elles pourront poser des questions complémentaires ou proposer des mesures complémentaires. La protection de l'article 12 de la convention s'étend à ces personnes.

#### *Article 5. (Ad article 7 de la Convention)*

(1) Les pièces mentionnées au paragraphe 1 de l'article 7 de la Convention peuvent être remises directement par lettre recommandée envoyée par la poste avec demande d'avis

de réception. Il n'en va pas de même si la Convention donne à la Partie contractante sur le territoire de laquelle les pièces doivent être signifiées la possibilité de refuser de se plier à cette demande.

(2) Une signification effectuée conformément à la phrase 1 du paragraphe premier a les mêmes effets juridiques qu'une signification effectuée par les autorités judiciaires de la Partie contractante sur le territoire de laquelle la signification a lieu.

(3) Nonobstant la phrase 1 du paragraphe premier, la Partie contractante requérante peut adresser une demande de signification de pièces aux autorités judiciaires de l'autre Partie contractante si dans un cas d'espèce, elle le juge nécessaire.

*Article 6. (Ad article 10 de la Convention)*

Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 10 de la Convention s'appliquent à toutes les citations de témoin ou d'expert. La demande d'octroi d'une avance peut également être faite par le témoin ou l'expert.

*Article 7. (Ad articles 11 et 12 de la Convention)*

(1) Si la Partie contractante requise autorise une personne détenue sur le territoire de la Partie contractante requérante à assister à l'exécution d'une commission rogatoire, elle doit garder cette personne en détention pendant la durée de son séjour sur son territoire et la renvoyer sur le territoire de la Partie contractante requérante dès qu'elle aura exécuté la commission rogatoire, sauf si la partie contractante requérante demande la mise en liberté.

(2) Tout transfèrement sur le territoire de la Partie contractante requise suivant le paragraphe premier ne peut s'effectuer qu'avec l'accord de l'intéressé. Il n'en va pas de même si la personne est inculpée dans la procédure pour laquelle la commission rogatoire est demandée et si sa présence est indispensable pour l'exécution de la commission rogatoire.

(3) Si un État tiers autorise une personne détenue sur le territoire de l'une des Parties contractantes à assister à l'exécution d'une commission rogatoire, les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 11 de la Convention s'appliqueront au transit du détenu sur le territoire de l'autre Partie contractante.

(4) Les dispositions de l'article 12 de la Convention s'appliqueront aux cas visés aux paragraphes 1 et 3 ci-dessus.

*Article 8. (Ad article 13 de la Convention)*

(1) La Partie contractante requise communique les documents et renseignements mentionnés au paragraphe 1 de l'article 13 de la Convention même si ceux-ci sont demandés par les services de police de l'autre Partie contractante pour une affaire criminelle, et plus particulièrement dans les mêmes limites que celles qui auraient été obtenues par ses services de police dans des cas pareils.

(2) Pour les cas autres qu'une affaire criminelle, la Partie contractante communique lesdits documents et renseignements à la demande des autorités de l'autre Partie contractante dans les limites qui auraient été obtenues par ses services dans des cas pareils.

*Article 9. (Ad article 14 de la Convention)*

La demande d'entraide devra indiquer, outre son objet et son motif, la nature de l'acte à signifier et la qualité du destinataire dans la procédure.

*Article 10. (Ad article 15 de la Convention)*

(1) À moins que le présent Traité n'en dispose autrement, les autorités judiciaires pourront communiquer directement entre elles aux fins de l'entraide judiciaire. Les bons offices du Ministère fédéral de la Justice ou les Ministères de la Justice des régions de la République fédérale d'Allemagne d'une part et le Ministère de la Justice de la République de Pologne d'autre part ne sont pas exclus par ce qui précède.

(2) Les demandes de transfèrement ou de transit de personnes privées de liberté seront transmises par le Ministère fédéral de la Justice ou les Ministères de la Justice des régions de la République fédérale d'Allemagne d'une part et par le Ministère de la Justice de la République de Pologne d'autre part. En cas d'urgence, les autorités judiciaires des deux Parties contractantes pourront communiquer directement entre elles.

(3) Les demandes ayant pour objet la communication d'information ou d'extraits du casier judiciaire à des fins pénales doivent être adressées en République fédérale d'Allemagne aux services du registre central fédéral (Bundeszentralregister) et en République de Pologne au Ministère de la Justice de la République de Pologne. Les demandes visées à l'article 8 du présent Traité peuvent être adressées directement par les autorités qui y sont mentionnées aux autorités spécifiées à la phrase 1 du présent paragraphe.

(4) Pour mettre en oeuvre et faciliter l'entraide judiciaire, les Parties contractantes mettent à la disposition de l'autre les livres locaux et autres registres utiles attestant des compétences locales des différentes autorités judiciaires.

*Article 11. (Ad article 16 de la Convention)*

(1) Une traduction certifiée conforme dans la langue de la Partie contractante requise doit être jointe à la demande, à moins que des formulaires bilingues, sur lesquels les Parties contractantes se sont mises d'accord, ne soient utilisés. La signature du traducteur n'aura pas besoin d'être authentifiée.

(2) Le paragraphe premier s'applique mutatis mutandis aux pièces jointes.

(3) L'ajout d'une traduction des pièces à signifier n'est pas nécessaire si le signifié connaît la langue dans laquelle la pièce à signifier a été rédigée.

(4) Une traduction par l'autorité effectuant la demande de signification n'est pas nécessaire dans les cas visés au paragraphe 1 de l'article 5 du présent Traité. Si des indices toutefois permettent de penser que le signifié ne connaît pas la langue dans laquelle les pièces sont rédigées, ces pièces ou du moins les parties les plus importantes de celles-ci devront être traduites dans la langue de la Partie contractante sur le territoire de laquelle séjourne le signifié. Si l'autorité qui a établi les pièces à signifier sait que le destinataire ne connaît qu'une autre langue, les pièces ou du moins les parties principales de celles-ci devront être traduites dans cette autre langue.

*Article 12. (Ad article 20 de la Convention)*

(1) Les frais engagés par la remise d'objets devant être restitués à leur ayant droit (paragraphe 2 de l'article 3 du présent Traité) et par le transfèrement ou le transit de personnes privées de liberté (article 7 du présent Traité) seront remboursés par la Partie contractante requérante.

(2) La Partie contractante requise peut exiger que les frais de surveillance et d'enregistrement des télécommunications lui soient remboursés. Dans ce cas, elle communique sans délai à la Partie contractante requérante le montant présumé de ces frais. La Partie contractante requérante supporte les frais déjà engagés s'il est mis fin à la surveillance.

*Article 13. (Ad article 21 de la Convention)*

(1) Les notifications et les pièces communiquées visées à l'article 21 de la Convention sont transmises par la voie prévue au paragraphe 1 de l'article 10 du présent Traité.

(2) S'appuyant sur une notification transmise selon l'article 21 de la Convention, les autorités compétentes de la Partie contractante requise engagent conformément au droit interne une procédure pénale ou administrative.

(3) En cas d'infraction au code de la route, les faits sont jugés aux fins du paragraphe 2 d'après les règles de la circulation en vigueur là où les faits ont été commis.

(4) Une requête ou une autre déclaration nécessaire à l'engagement de poursuites pénales formulées sur le territoire de la Partie contractante requérante sera également opposable sur le territoire de la Partie contractante requise; les requêtes ou autres déclarations requises uniquement par le droit de la Partie contractante requise peuvent être transmises dans les deux mois qui suivent la réception de la requête à l'autorité compétente de la Partie contractante requise chargée des poursuites pénales.

(5) La requête doit comporter un exposé des faits ainsi que des informations aussi exactes que possible sur la personne suspectée, sa nationalité, son lieu de résidence ou de séjour. Seront à lui joindre:

1. Un original des pièces ou leur copie certifiée conforme ainsi que les éléments de preuve pertinents;

2. Le contenu de la réglementation en matière d'action et de peine applicable là où les faits ont été commis;

3. En cas d'infraction au code de la route, le contenu des règles de circulation applicables là où les faits ont été commis;

4. Une traduction de la requête, de l'exposé des faits et des pièces mentionnées aux points 2 et 3 dans la langue de la Partie contractante requise.

(6) Les pièces originales et les pièces probantes visées à l'alinéa premier du paragraphe 5 seront restituées dès que possible à la Partie contractante requérante, sauf si celle-ci a renoncé à ce qu'elles lui soient restituées. Il n'est pas dérogé ici aux droits éventuellement existants de la Partie contractante requise ou de tiers sur les objets transmis.

(7) Si une action pénale a été engagée sur le territoire de la Partie contractante requise, les autorités de la Partie contractante requérante ne peuvent ni poursuivre le prévenu ni exé-

cuter une décision rendue à son encontre du chef d'une même infraction. Elles ne peuvent toutefois poursuivre l'action, l'exécuter ou la reprendre,

si

1. il appert que l'autorité compétente de la Partie contractante requise ne peut mener la procédure pénale jusqu'à son terme, notamment parce que le prévenu a échappé aux poursuites ou à l'exécution de la peine sur le territoire de la Partie contractante requise ou que les poursuites pénales ont été suspendues définitivement, mais qu'aucune décision sur le fond n'a néanmoins été prise sur les faits à la base de la requête;

2. l'autorité requérante a retiré sa demande pour des motifs ayant été connus après la présentation de la demande et avant le prononcé par le tribunal d'une ordonnance pénale, avant le début des débats en première instance ou avant le prononcé d'une décision administrative sur le territoire de la Partie contractante requise.

(8) Tout acte d'instruction engagé sur le territoire national de l'une des Parties contractantes conformément à la législation qui y est applicable et toute action ayant pour effet de suspendre la prescription ont sur le territoire de l'autre Partie contractante les mêmes effets que les actes ou actions qui auraient été en droit valablement pris ou entrepris sur le territoire national de cette Partie contractante.

(9) La Partie contractante requérante sera informée aussi rapidement que possible des mesures prises à la suite de la notification ainsi que dans les cas prévus au paragraphe 7. Au terme de la procédure, un exemplaire ou une copie certifiée conforme de la décision clôturant la procédure lui sera également envoyée.

(10) Les frais encourus par l'application de l'article 21 de la Convention et du présent article ne sont pas remboursables.

*Article 14. (Ad article 22 de la Convention)*

Les informations provenant du casier judiciaire sont échangées au moins une fois tous les quatre ans entre le Bundeszentralregister de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère de la Justice de la République de Pologne.

*Article 15. (Ad article 22 de la Convention)*

Les autorités des deux Parties contractantes s'informent l'une l'autre des cas dans lesquels un ressortissant d'une Partie contractante s'est vu privé sur le territoire de l'autre Partie contractante par une décision judiciaire ayant force de chose jugée du droit d'utiliser sur le territoire de l'autre partie contractante le permis de conduire que celle-ci lui a délivré. Les avis afférents sont transmis par l'autorité judiciaire compétente de l'une des Parties contractantes à l'autorité administrative compétente de l'autre Partie contractante. Cette autorité administrative est le Ministère de la circulation routière dans le cas de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère de l'Infrastructure dans le cas de la République de Pologne.

CHAPITRE II. FORMES PARTICULIÈRES DE COOPÉRATION

*Article 16. Surveillance et enregistrement des télécommunications*

(1) La Convention et le présent Traité s'appliquent mutatis mutandis aux demandes concernant l'ordonnance de mesures de surveillance et d'enregistrement des télécommunications.

(2) Les demandes suivant le paragraphe 1 ne peuvent être faites que dans la mesure où

1. Une ordonnance de surveillance et d'enregistrement des télécommunications émanant d'un tribunal compétent de la Partie contractante requérante est présentée,

2. La surveillance pourrait également être ordonnée en vertu du droit de la Partie contractante requise si les poursuites pénales à la base de la demande étaient engagées sur le territoire de cette dernière et dans la mesure où

3. La personne visée ou l'appareil émetteur de télécommunication à partir duquel le code utilisé pour identifier la personne surveillée

a) se trouve sur le territoire national de la Partie contractante requise,

b) se trouve sur le territoire national de la Partie contractante requérante et nécessite l'aide technique de la Partie contractante requise pour effectuer la surveillance,

c) se trouve sur le territoire national d'un État tiers et la Partie contractante requérante a besoin de l'aide technique de la Partie contractante requise pour effectuer la surveillance, et ce pour autant que l'État tiers ait approuvé la surveillance.

(3) Si la Partie contractante requise conformément à l'article 12, paragraphe 2, phrases 1 et 2 du présent Traité exige de se faire rembourser les frais de surveillance et d'enregistrement des télécommunications, il peut être mis fin à la surveillance si la Partie contractante requérante refuse de supporter les frais ou ne s'engage pas à rembourser dans les délais impartis par la Partie contractante requise.

(4) Les données relatives aux personnes recueillies dans le cadre d'une mesure visée au paragraphe 1 ne peuvent être utilisées dans une autre action judiciaire qu'avec l'assentiment de la Partie contractante requise. La Partie contractante requise donne cet assentiment si la mesure pourrait, au regard de son droit interne, être également ordonnée quant à l'infraction à la base de cette action.

(5) Les pièces obtenues par la Partie contractante requérante doivent être détruites dès que celles-ci ne sont plus nécessaires pour les poursuites pénales au sens de la phrase 1 du paragraphe 4.

(6) Si le droit de la Partie contractuelle requise prévoit une information de l'intéressé, la Partie contractante requérante avise la Partie contractante requise quant à la date à laquelle l'information pourra avoir lieu sans que des intérêts impérieux ne soient mis en péril.

(7) Les paragraphes 1, 2 (points 1 et 2), 4, 5 et 6 s'appliquent mutatis mutandis aux demandes de remise de documents résultant de mesures de surveillance et d'enregistrement de télécommunications ordonnées dans le cadre des poursuites judiciaires engagées sur le territoire de la Partie contractante requise.

*Article 17. Coopération dans les instructions*

(1) Si une instruction motivée par des infractions portant atteinte aux intérêts des deux Parties contractantes est engagée, les Parties contractantes peuvent, si elles le souhaitent, constituer un groupe chargé de coordonner les actions et qui sera composé d'agents désignés par chacune de celles-ci. Ce groupe a pour but d'effectuer les mises au point nécessaires et d'apporter son concours dans le cadre des instructions engagées sur le territoire de l'une ou des deux Parties contractantes.

(2) Si des connaissances spéciales sont en l'occurrence nécessaires, l'une des Parties contractantes peut, sur demande de l'autre Partie contractante, déléguer ses propres experts en les chargeant d'assister cette dernière dans les devoirs d'instruction ayant été ordonnés.

(3) Les groupes visés aux paragraphes 1 et 2 collaborent aux conditions énoncées ci-après:

1. Ils sont exclusivement créés dans un but particulier et pour une durée déterminée.
2. Les agents participants relèvent du droit de la Partie contractante sur le territoire de laquelle le groupe doit intervenir.
3. Le fait d'être membre du groupe ne saurait accorder aux agents participants le pouvoir de procéder à des arrestations, à des perquisitions, à des interrogatoires ou de prendre d'autres mesures portant atteinte de manière équivalente aux droits des personnes sur le territoire de l'autre Partie contractante.

CHAPITRE III. PROTECTION DES DONNÉES RELATIVES AUX PERSONNES

*Article 18. Définition*

Les données relatives aux personnes, dénommées ci-après "les données" sont des informations au sujet d'une personne physique déterminée ou déterminable.

*Article 19. Finalité*

(1) L'utilisation des données transmises en vertu de la Convention ou du présent Accord n'est autorisée que dans le cadre de l'objet désigné dans la Convention ou pour celui désigné dans le présent Accord pour lequel les données ont été transmises et aux conditions prescrites au cas par cas par l'organe transmetteur. L'utilisation est de plus autorisée:

1. à des fins pour lesquelles les données doivent également être transmises dans le cadre de la Convention ou du présent Accord,
2. aux fins de poursuivre des infractions,
3. aux fins d'empêcher des infractions d'une importance considérable,
4. pour des procédures judiciaires et des formalités administratives en rapport avec les finalités visées aux phrases 1 et 2, numéros 1, 2 et 3, ainsi
5. qu'aux fins de se prémunir contre des dangers importants pour la sécurité publique.



(2) L'utilisation des données à d'autres fins n'est autorisée qu'après avoir préalablement obtenu l'approbation de la partie contractante effectuant la transmission.

*Article 20. Dispositions additionnelles*

Les dispositions additionnelles suivantes sont d'application sous réserve de la réglementation en vigueur de chacune des parties contractantes:

1. Sur demande, la partie réceptrice informe la partie émettrice de l'utilisation des données transmises et des résultats ayant été ainsi obtenus.

2. La partie émettrice est tenue de veiller à l'exactitude des données à transmettre, à leur utilité et à leur proportionnalité par rapport à l'objectif poursuivi en les transmettant. Il y a lieu en outre de respecter les interdictions de transmission applicables dans le droit interne respectif des parties contractantes. S'il appert que des données sont inexactes ou que des données qui n'auraient pas dû être transmises ont été communiquées, la partie destinatrice doit en être immédiatement informée. Elle est tenue de les corriger ou de les détruire.

3. S'il en fait la demande, l'intéressé doit recevoir des renseignements concernant les données existantes sur sa personne, sur ce à quoi il est prévu de les destiner ainsi que sur la raison de leur enregistrement. Aucune obligation de transmettre des renseignements n'existe dans la mesure où un examen de la situation démontre que la nécessité de ne pas les communiquer relève de l'intérêt général et prévaut sur celui de l'intéressé. En outre, le droit de l'intéressé consistant à obtenir des renseignements sur les données existantes sur sa personne se fonde sur le droit interne de la partie contractante sur le territoire de laquelle les renseignements sont demandés.

4. Dans la mesure où le droit national applicable à la partie émettrice régissant les données transmises prévoit des délais particuliers d'effacement, celle-ci en informe la partie destinatrice. Indépendamment de ces délais, les données transmises doivent être effacées dès qu'elles ne sont plus nécessaires aux fins visées à l'article 19 ou s'il appert qu'elles se rapportent à un tiers non concerné.

5. La partie émettrice et la partie destinatrice sont tenues de transmettre et de recevoir les données d'une manière appropriée.

6. La partie émettrice et la partie destinatrice ont l'obligation de protéger de manière efficace les données transmises contre tout accès intempestif, toute modification et toute divulgation non autorisées.

7. Si une personne subit en violation du droit un préjudice dans le cadre de l'échange des données en vertu de la Convention ou du présent Accord, la partie réceptrice répond dudit préjudice conformément à son droit interne. À sa décharge, elle ne peut se prévaloir du fait vis-à-vis de la personne lésée que le préjudice a été occasionné par la partie ayant transmis les données. Si la partie destinatrice doit s'acquitter de dommages et intérêts résultant d'un préjudice occasionné par l'utilisation de données transmises inexactes, la partie émettrice rembourse à la partie destinatrice le montant total de l'indemnité ayant été versée.

*Article 21. Traitement des données sur le territoire de l'autre Partie contractante*

(1) Les dispositions du présent chapitre s'appliquent également aux données recueillies dans l'exercice d'une activité internationale effectuée sur le territoire de l'autre Partie contractante. Il y a lieu en outre de respecter les conditions particulières posées par la Partie contractuelle requise dans le cadre de ladite mesure internationale.

(2) Les agents intervenant sur le territoire de l'autre Partie contractante ne peuvent accéder aux bases de données officielles relatives à des personnes que moyennant accord de cette Partie contractante et sous la direction d'un de ses agents.

CHAPITRE IV. DISPOSITIONS GÉNÉRALES ET FINALES

*Article 22. Protection des secrets*

Si des données soumises conformément au droit de la Partie contractante émettrice à une obligation de confidentialité devaient être en vertu de la Convention ou du présent Accord transmises et être qualifiées comme telles, la Partie contractante émettrice peut conditionner la transmission des données au fait que la Partie contractante destinataire respecte l'obligation de confidentialité.

*Article 23. Statut juridique des agents en matière de droit pénal*

Les agents de l'une des Parties contractantes exerçant des activités dans le cadre du présent Traité sur le territoire de l'autre Partie contractante sont placés sur un même pied d'égalité que les agents de l'autre Partie contractante en ce qui concerne les délits qu'ils commettent ou qui sont commis à leur rencontre.

*Article 24. Responsabilité*

(1) Les Parties contractantes renoncent mutuellement à leurs droits à réparation résultant d'une perte ou de dommages occasionnés à des biens qui leur appartiennent ou aux organes administratifs si le préjudice a été occasionné par un agent dans l'exercice des activités ayant un rapport avec l'exécution du présent Traité.

(2) Les Parties contractantes renoncent mutuellement à leurs droits à réparation résultant de lésions corporelles occasionnées à un agent ou du décès d'un agent si le préjudice a été occasionné par un agent dans l'exercice des activités ayant un rapport avec l'exécution du présent Traité. Il n'est pas dérogé ici aux droits à réparation de l'agent ou en cas de décès de celui-ci à ceux de ses ayants droit.

(3) Si un préjudice est causé à un tiers par un agent d'une des Parties contractantes dans l'exercice de ses activités ayant un rapport avec l'exécution du présent Traité sur le territoire de l'autre Partie contractante, la Partie contractante sur le territoire de laquelle le préjudice a été causé répond de celui-ci dans les limites de la réglementation qui aurait été applicable si le préjudice avait été commis par l'un de ses propres préposés.

(4) La Partie contractante dont le préposé a causé le préjudice sur le territoire de l'autre Partie contractante rembourse à l'autre Partie contractante la totalité des réparations ayant été versées par cette dernière à la personne lésée ou aux ayants droit de celle-ci.

(5) Les autorités compétentes des Parties contractantes travaillent en étroite collaboration pour faciliter le règlement des demandes de réparation. Elles s'échangent notamment toutes les informations auxquelles elles peuvent accéder concernant les sinistres au sens du présent article et concernant les circonstances de leur naissance.

(6) Les paragraphes 1 et 2 ne sont pas applicables si le préjudice a été occasionné intentionnellement ou à la suite d'une négligence grave.

*Article 25. Changements apportés aux autorités*

(1) Les Parties contractantes se tiennent informées par notes verbales des changements apportés à la dénomination ou aux compétences des autorités mentionnées dans le présent Traité.

(2) Les notes verbales visées au paragraphe 1 sont publiées par les Parties contractantes.

*Article 26. Rencontres entre les représentants des Parties contractantes*

Le Ministère fédéral de la Justice de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère de la Justice de la République de Pologne conviendront d'organiser, si besoin en était, des rencontres entre leurs représentants destinées à exécuter la Convention et le présent Accord de manière uniforme et à éliminer les difficultés susceptibles de se présenter. Si d'autres instances sont concernées par les questions du département devant être débattues, lesdites instances seront invitées à prendre part aux rencontres.

*Article 27. Dénonciation du Traité*

Si l'une des parties contractantes dénonce la Convention, la dénonciation prendra effet entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne deux ans après que le Secrétaire général du Conseil de l'Europe aura reçu notification.

*Article 28. Entrée en vigueur et expiration du Traité*

(1) Le présent Traité est soumis à ratification. Il entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification.

(2) Le présent Accord peut être dénoncé à tout moment par écrit. En pareil cas, il cessera d'être en vigueur après réception de la notification de dénonciation. Il deviendra également caduc sans qu'une dénonciation particulière ne soit nécessaire à la date à laquelle la Convention cessera d'être en vigueur entre les parties contractantes.

Fait à Berlin le 17 juillet 2003, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

JÜRGEN CHROBOG

BRIGITTE ZYPRIES

Pour la République de Pologne :

GRZEGORZ KURCZUK